Einzelpreis 15 Pfennige

Halle, Dienstag, den 8. Januar

Jahrg. 1924 • Nr. 6

Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit d. tägl. Unterhaltungsteil. Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Porto beizufügen. — Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt" — Bezirksorgan der SPD. — ist d. Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Harz 42/44. Hinterh. II. Fernruf 4667

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" vom 7. Januar bis 12. Januar 1924 beträgt 70 Pfg einschließlich Zustellungsgebühr; i. Abholer 65 Pfg. Das Abonnement ist hierdurch für den ganz. Bezugszeitraum. Anzeigenpreis: Der einspaltige Millimeter kostet 8 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 30 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44, Fernruf 4666, und Große Ulrichstr. 27 (Volksblatt-Buchhandlung). — Postscheckkonto 203 19 Erfurt. —

Nach dem sächsischen Landesparteitag.

Warum Ministerpräsident Held nicht zurücktritt.

Soll eine Militärbehörde die sächsische Regierung übernehmen?

Dresden, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie hat bekanntlich beschlossen, daß der am 4. Januar vom Landtag gewählte Ministerpräsident Held zurücktreten soll. Ministerpräsident Held ist, wie amtlich mitgeteilt wird, **nicht in der Lage, diesem Beschlusse Rechnung zu tragen.** Nach Artikel 27 der Verfassung hat lediglich der Landtag über das Verbleiben eines Ministers im Amte zu bestimmen. Wollte Ministerpräsident Held von sich aus zurücktreten, noch ehe die neue Regierung vollständig gebildet worden ist, so würde eine Unterbrechung der Regierungsgeschäfte eintreten, für die er nicht die Verantwortung tragen kann.

Hierzu erfahren wir von besonderer Seite noch folgendes: „Die Durchführung des Parteitagsbeschlusses, der den Rücktritt des Ministerpräsidenten fordert, ist eine Unmöglichkeit. Nach der Verfassung würde bis zur Neuwahl einer Regierung die bisherige Regierung die Regierungsgeschäfte als geschäftsführendes Kabinett weiterführen. Ein Kabinett ist aber noch gar nicht vorhanden, sondern lediglich der Ministerpräsident. **Würde der Ministerpräsident zurücktreten, so wäre überhaupt keine Regierung in Sachsen vorhanden. Es müßte, wenn notwendig, das Reich für die Bildung einer verantwortlichen Regierung besorgt sein oder, da wir den Belagerungszustand haben, müßte die Militärbehörde die Regierung übernehmen.** Daß die beiden vorgenannten Wege aber ungangbar sind und zu einer furchtbaren Zerklüftung des gesamten Volkes führen würden, dürfte ohne weiteres klar sein. Zu dem kommt, daß der Ministerpräsident vom Landtag gewählt und vereidigt worden ist, demzufolge nach der Verfassung auch bestimmte Pflichten hat, die durch einen Parteitagsbeschluß nicht außer Kraft gesetzt werden können."

Der ehemalige Ministerpräsident Fellisch hat dem Ministerpräsidenten Held am Montagnachmittag mitgeteilt, daß er nicht in der Lage sei, das Wirtschaftsministerium in dem neuen Kabinett zu übernehmen.

Berichte bürgerlicher Montagsblätter sprechen davon, daß auf dem Parteitag ein Antrag Lipinski angenommen worden sei, der den Ausschluß der Rechtsopposition verlange. Diese Berichte sind falsch. Genosse Lipinski hat solchen Antrag nicht gestellt.

•

Die nächste Sitzung des Sächsischen Landtages. Wie die „V. Z." hört, ist die für Dienstag nachmittag angesetzte Sitzung des Sächsischen Landtages auf den 15. Januar verschoben worden.

Die Parteiwirren in Sachsen.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:

Der sächsische Parteitag hat den Zwiespalt, der seit dem Sturz des Ministeriums Buck-Lipinski in der sächsischen Partei herrscht, noch weiter verschärft. Es ist selbstverständlich, daß die gesamte bürgerliche Presse nicht nur in Sachsen, sondern auch im Reiche, daran die Hoffnung knüpft, daß die Wirren von Sachsen aus auf die Sozialdemokratie im Reich übergreifen und die Partei knapp vor den Wahlen, die auf Jahre hinaus die deutsche Politik bestimmen, in ihrer Aktionsfähigkeit schwächen werden.

Es soll gar nicht geleugnet werden, daß eine solche Gefahr besteht; denn die Gefahr erkennen ist das beste Mittel zu ihrer Ueberwindung. Es muß von der Besonnenheit der Parteigenossen im Reich erwartet werden, daß sie das Uebergreifen des Brandes nach Möglichkeit verhindern.

Für die Gesamtpartei stellt sich der sächsische Fall als ein Konflikt zwischen einem Landesparteitag und einer Landtagsfraktion dar, und in einem solchen Konflikt muß schließlich der Reichsparteitag endgültig entscheiden, wenn es nicht vorher gelingt, zwischen den streitenden Teilen zu einer Lösung zu kommen. Daß ein solcher Ausgleich nicht nur für die sächsische, sondern für die Gesamtpartei das Erfreulichste, das politisch Vernünftigste, ja Notwendige ist, braucht nicht erst gesagt zu werden. Denn Aufgabe des Reichsparteitags ist es diesmal ja in erster Linie, den Auftakt für die Reichstagswahlen zu geben, die Wahlen in der wirksamsten Weise vorzubereiten, nochmals die Waffen für den Wahlkampf zu prüfen und zu schärfen. Die Belastung des Reichsparteitags mit den sehr unerfreulichen sächsischen Parteiverhältnissen ist deshalb an sich beklagenswert. Bei der maßlosen Schärfe dieser Gegensätze, die von den Deutschnationalen und Kommunisten mit allen Mitteln skrupellos ausgebeutet wird, ist es erst recht Pflicht der Gesamtpartei und aller einzelnen Organisationen, Besonnenheit zu bewahren.

Das wird um so eher gelingen, je mehr die Parteigenossen den Vorgängen in Sachsen gegenüber kühles Blut bewahren und sich von der leidenschaftlichen Erregtheit der Streitenden nicht anstecken lassen. Der sächsische Parteitag selbst hat die Frage, die zu dem Konflikt geführt hat, nicht vom politischen Gesichtspunkte, der in diesem Falle durchaus der wesentliche ist, sondern nur vom organisatorischen geprüft. Und doch ist der organisatorische Konflikt in diesem Falle nur Ausdruck und Begleiterscheinung des viel wichtigeren politischen Gegensatzes. Denn das Unglück in Sachsen begann, als die sächsische Landtagsfraktion den von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilten Versuch eines Zusammengehens mit den Kommunisten machte. Die sächsischen Genossen übersahen, daß die Kommunistische Partei in Deutschland stets die Todfeindin der Sozialdemokratie ist und sein muß. Dies bedingt die Abhängigkeit von den russischen Weisungen, denn für die russische bolschewistische Politik handelt es sich darum, die Arbeiterschaft in den verschiedenen europäischen Ländern als Material zu gewinnen, um daraus Stoßtruppen für ihre Politik zu formieren. Gerade weil es sich um Werkzeuge der bolschewistischen Politik handelt, müssen diese Stoßtruppen in absoluter Abhängigkeit von den russischen Weisungen sein. Damit stößt die kommunistische Organisation auf den Widerstand der Sozialdemokratie, für die die Arbeiterbewegung eben kein Material für eine außerhalb ihrer bestehende Gruppe ist, sondern die politisch organisierte, autonome Arbeiterbewegung selbst.

Dieser Gegensatz ist unüberbrückbar. Es ist eben eine Illusion, zu glauben, daß eine Einheitsfront möglich ist, weil es sich um Angehörige derselben Klasse handelt. Der Kommunismus kann nicht überwunden werden durch Nachgiebigkeit oder durch ein Zusammengehen, ebensowenig wie wir seinerzeit die anarchistischen oder syndikalistischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung durch Kompromisse überwunden haben. Der Kommunismus in dieser konkreten historischen Erscheinung — und nur darum handelt es sich — fordert den Kampf der Sozialdemokratie und schließlich jedes Parteiern aus.

Zum zweiten aber ist die Kommunistische Partei schon deshalb genötigt, in schärfster Kampfstellung zur Sozialdemokratie zu verharren, weil sie nur dadurch, daß sie der Sozialdemokratie ständig Abbruch tut, sich behaupten kann. Zusammengehen mit dem Kommunismus heißt also, nicht die kommunistischen Arbeiter gewinnen, sondern dem rücksichtslosesten Gegner für seine Propaganda die so schwer aufgebauten sozialdemokratischen Massenorganisationen zur Verfügung zu stellen.

Ein Teil der sozialdemokratischen Funktionäre Sachsens hat diese Gesichtspunkte nicht nur nicht erkannt, sondern hat seine Taktik von vornherein auf immer größere Nachgiebigkeit gegenüber den kommunistischen Forderungen eingestellt. Das geschah zum Teil in der Auffassung, die Kommunisten, die so natürlich immer anspruchsvoller wurden, trotz alledem bei der Stange zu halten, zum Teil aber auch in der Meinung, daß die Erfüllung dieser Forderungen möglich und im proletarischen Interesse wünschenswert wäre. Sie kamen dadurch in Gegensatz zu jenem Teil der Parteigenossen, die die kommunistische Gefahr und Perfidie besser einzuschätzen wissen. Die Befürworter der Koalition mit den Kommunisten hatten von Anfang an den Kommunisten zuliebe erprobte und bewährte Genossen, wie Buck und Lipinski, geopfert. Jetzt führten sie den Kampf mit immer zunehmenderer Schärfe innerhalb der eigenen Partei. Alle Enttäuschungen, die die Kommunisten auch ihnen bereiteten, nutzten nichts. Statt die kommunistische Hinterhältigkeit zu entlarven, wurde die kommunistische Politik mit dem angeblichen Mangel an Radikalismus der Mehrheit der Landtagsfraktion noch gerechtfertigt. Die wirklich entscheidenden Fragen der sächsischen Politik traten in den Hintergrund. Sachsen, das entwickelteste industrielle Land Deutschlands, taumelte während der schwersten Wirtschaftsnot von einer Krise in die andere. Die Verbindung mit den kommunistischen Putschisten verstärkte die Reaktion, während der Parteistreit immer unerquicklichere Formen annahm und schließlich die Beseitigung der erprobtesten und erfahrensten sozialdemokratischen Vertrauensmänner ganz im Sinne der Kommunisten zum Inhalt der Parteipolitik zu werden drohte.

Am Ende dieses Trauerspiels steht nun der durch eine solche Führung der Parteipolitik fast mit Notwendigkeit erzeugte Konflikt mit all seinen häßlichen Begleiterscheinungen. Man versteht, welche Freude und Zuversicht das Bürgertum aus dieser ganzen Entwicklung schöpft, wie verheerend andererseits diese Vorgänge auf die Masse der Parteigenossen und der breiten Arbeiterkreise Sachsens wirken müssen. Deshalb sind die Vorgänge in Sachsen für die Gesamtpartei die dringendste Warnung, eine ähnliche Entwicklung nicht auf das Reich übergreifen zu lassen. Das ist zugleich das beste Mittel, dem Reichsparteitag seine schwere Aufgabe zu erleichtern.

Der sächsische Finanzminister.

Und sein Programm.

Dresden, 8. Januar. (WTB.)

Der demokratische Abgeordnete Minister a. D. Dr. Reinhold ist zum Finanzminister ernannt worden und hat gestern die Leitung der Geschäfte übernommen. Die Bekanntgabe der vollständigen Ministerliste erfolgt heute. Der Minister erklärte gestern Pressleuten, die nächsten Aufgaben seien: Aufstellung des Etats auf Goldbasis, Erhebung von Steuern mit sofort greifbaren Erträgen und Umwandlung der werbenden Staatsbetriebe in (staatliche) Aktiengesellschaften. Pressenachrichten gegenüber, daß Sachsen eine neue Inflation bevorstehe, betonte der Minister aufs schärfste, er werde unter keinen Umständen etwas unterstützen, das zu neuer Inflation und zur Untergrabung der Rentenbank führen könnte.

Im Bann der Kommunisten.

Zum sächsischen Landesparteitag.

Von Wilhelm Dittmann.

Wir entnehmen den nachstehenden Artikel auszugsweise der Montag-Abendausgabe des „Vorwärts":

Die Führung des Kampfes gegen die Fraktionsmehrheit liegt beim Landesarbeitsausschuß, dessen kürzlich neugewählter Vorsitzender der Dresdener Landtagsabgeordnete Arzt ist, der unter allen Umständen trotz all der schlimmen Erfahrungen der letzten Zeit ein Zusammengehen mit den Kommunisten erzwingen will. Als die von ihm und dem Abgeordneten Genossen Müller (Leipzig) im Auftrage der Fraktion vor einigen Tagen mit den Kommunisten geführten Verhandlungen endgültig gescheitert waren, hatte er noch Pfeifen erklärt: „Das sind ja Schafsköpfe!" Er hatte zunächst auch anerkennen müssen, daß die Erklärung des Kommunisten Böttcher im Landtage, die Kommunisten würden auch nach den Neuwahlen eine sozialistische Minderheitsregierung nicht unterstützen, eine klare Situation geschaffen habe. Auf dem Landesparteitage aber kam Genosse Arzt plötzlich mit der Deutung, Böttcher habe nur gemeint, mit der jetzigen Landtagsfraktion würden die Kommunisten auch nach den Wahlen keine Regierung bilden. Daraus schlußfolgerte Genosse Arzt, man müsse also eine neue Landtagsfraktion wählen lassen, um mit den Kommunisten zusammenkommen zu können. Genau so unglaublich operierte auch das „Zwickauer Volksblatt" in seiner Parteitagsnummer:

Hierzu ist festzustellen — und die Berichte über Böttchers Rede durch die Landtags-Protokolle weisen das nach —, daß die Erklärung des kommunistischen Abgeordneten sich lediglich auf die jetzige sozialdemokratische Fraktion im Landtage bezieht, daß er ausdrücklich hervorgehoben hat, daß für seine Partei eine Koalition mit denjenigen unmöglich sei, die, wie er sich ausdrückte, „im Lager des Generals Müller stehen", und von der Tat sind die Spannungen zwischen der jetzigen Fraktion, die ja in Wahrheit durchaus nicht mehr den Willen der Partei widerspiegelt, und **den Kommunisten so große, daß es vom Standpunkte der KPD. aus verständlich ist, daß eine Koalition mit ihr zunächst für sie nicht tragbar ist.**

Diese liebevolle Einfühlung des Zwickauer Parteiblattes in die Seele der Kommunisten zeigt die absolute geistige Hörigkeit, in der sich dieses Parteiblatt von den Kommunisten befindet. Als Genosse Arzt auf dem Parteitage durch dieselbe Deutung der Böttcherschen Rede den Dreh zu den Kommunisten vollzog, riefen wir Parteivorstandsvertreter — Wels, Hilferding und ich — dem Parteitag warnend „Hört, hört!" zu. „Jawohl" wurde uns entgegengerufen, „die Kommunisten haben ganz recht!" Genosse Wels wies in seiner Rede auf dem Parteitage auf die Ungeheuerlichkeit hin, die darin liegt, daß unsere Partei sich von den Kommunisten die Zusammensetzung unserer Landtagsfraktion vorschreiben lassen solle. Er machte aber damit sehr wenig Eindruck. Darin offenbarte sich klar die geistige und politisch-taktische Einstellung der Mehrheit dieses Parteitages.

Als einer der Führer der ehemaligen USP. muß ich bekennen, daß die Atmosphäre dieses sächsischen Landesparteitages mich zurückversetzte in die schlimmsten Zeiten der USP. vor der Spaltung in Halle. Auch damals herrschte die Einstellung: Unter allen Umständen zusammen mit der KPD., selbst unter Preisgabe der politischen Selbständigkeit und der Würde der eigenen Partei! Dasselbe jetzt in Sachsen. Und genau wie damals werden unsichtbare Fäden gesponnen zwischen der KPD. und unserer Partei. In jener Novembernacht des vorigen Jahres, in der das Kabinett Fellisch gebildet wurde, wies der Kommunist Böttcher wütend hinüber zu unseren Fraktionsgenossen. Auch diejenigen von ihnen hätten feige kapituliert, die mit den Kommunisten gegen die eigene Partei konspiriert und Unterstützung gegen den rechten Flügel der Partei gesucht hätten. Das erinnerte mich an die dramatische Szene auf dem ersten Leipziger USP.-Parteitag 1919, als die Genossen Simon (Nürnberg) und Crispien sich empört gegen die Hinterhältigkeit der Stäcker und Genossen wandten, die hinter unserem Rücken während des Parteitages mit dem KPD.-Vorsitzenden Dr. Levi konspiriert hatten. Auch dort konnte der Beweis nicht gerichtsnotorisch gemacht werden, aber die spätere Entwicklung zeigte, was damals gespielt worden war.

In Sachsen wird jetzt dasselbe treulose Spiel getrieben, das fühlt jeder, der die dortige Partei-Atmosphäre kennt. Verblendete und Unerfahrene glauben, durch fortgesetztes würdeloses Herlaufen hinter den Kommunisten bei diesen moralische Eroberungen machen zu können. Sie spüren nicht, daß sie umgekehrt längst von den Kommunisten in ihren Bann gezogen worden sind, so daß sie, objektiv gesehen, als kommunistische Spalthilfe in unserer Partei wirken, indem sie nach der kommunistischen Parole handeln, die „rechten Führer" der Partei zu beseitigen. Sie merken dabei nicht einmal, daß sie die Dupierten sind, daß sie selber die nächsten sein werden, die beim Absägen an die Reihe kommen werden, denn die Kommunisten wollen ja eine Führergarnitur nach der anderen und durch die andere beseitigen, damit ihnen das führerlos gewordene Gros der Partei um so leichter zum Opfer fallen kann.

Das ernste politische Problem, vor dem unsere Partei jetzt in Sachsen steht, ist deshalb die geistige und politische Loslösung der Partei von der Umfrictung und Umklammerung durch die Kommunisten, in die sie durch ihre unglückselige Politik des letzten Jahres hineingeraten ist. Jeder ehrliche Sozialist wünscht sehnsüchtig eine Verständigung mit den Arbeitern, die heute noch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401081-14/fragment/page=0001

glauben, zu den Kommunisten halten zu müssen. Aber es kann keine Rede davon sein, daß unsere Partei sich in das Schlepptau der Moskauer Demagogen und Putschisten nehmen lassen darf. Davor die Partei in Sachsen zu bewahren, ist vor allem jetzt auch eine Pflicht der Gesamtpartei, die auf ihrem Parteitage am 30. März zur Entwicklung der Dinge in Sachsen klar und unzweideutig Stellung nehmen muß.

Die Einheit der Partei.

Die „Leipziger Volkszeitung" schreibt, nachdem sie ihren ablehnenden Standpunkt zur Haltung der Fraktionsmehrheit befiniert und sich dem Verlangen nach Volksentscheid angeschlossen hat, das Folgende:

Die Lage in der sächsischen Landespartei ist bitterernst. Die Gegner aller Schattierungen werden aus den Parteidifferenzen die Hoffnung schöpfen, daß das Einigungswerk von Nürnberg in sich in Wilde zusammenstürzen und sie in vereinter Front getrennt marschierende sozialistische Heerhaufen schlagen werden. Der Parteitag hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Parteigenossen im Lande die Einheit der Partei mit Nägeln und Zähnen verteidigen werden. Die große Einmütigkeit des Parteitages, die durch die wenigen Stimmen, die sich gegen seine Beschlüsse entschieden haben, dokumentiert den ungerstörbaren Einheitswillen der sächsischen Sozialdemokratie. Wehe denjenigen, der zugunsten der extremen Rechten oder Linken einen Spaltkeil in die Partei hineintreiben wollte! Ihm würde eine Antwort werden, die ihm noch jahrzehntelang in den Ohren gellen würde.

Hoffentlich sind die sächsischen Genossen heute noch soweit Herren der Lage, um den Abrutsch in die Katastrophe verhindern zu können.

Hetze gegen Schacht.

Helfferich als Einpeitscher?

Seit der Ernennung Dr. Schachts zum Präsidenten der Reichsbank ist der politische Verleumdungsfeldzug, den die deutschnationale Presse gegen ihn eingeleitet hatte, noch verschärft worden. Man weiß, daß auch so der Kampf gegen Erzberger und Rathenau eingeleitet wurde, der mit ihrer Ermordung durch fanatisierte deutschnationale Burschen endete. Es hat den Anschein, als ob der Kampf gegen Schacht dieselben Formen annimmt und denselben Ziele dient. Das braucht um so weniger zu wundern, als der Gegenkandidat Schachts Helfferich war. Ist daher auch hier der in seinem maßlosen Ehrgeiz verletzte Helfferich die Triebfeder oder gar der Inspirator dieser schmutzigen Angriffe gegen Schacht?

Ganz unwillkürlich drängt sich diese Frage auf. Denn wer ist es denn, der tagtäglich die Schmutzkübel gegen Schacht ausgießt? Es ist die „Kreuz-Zeitung", die „Deutsche Tageszeitung" in Verbindung mit der „Deutschen Zeitung". Diese Blätter lassen keinen Tag vergehen, ohne selbst als unbegründet bekannte Vorwürfe in der Form schmutziger Verleumdungen zu verbreiten.

Es sind drei Vorwürfe, die gegen Schacht erhoben werden: 1. Schacht solle während des Krieges in Belgien dafür gesorgt haben, daß die bei dem dortigen Generalkommissariat eingelaufenen Devisen grundsätzlich der Dresdner Bank zugeführt wurden. Die nationalistischen Blätter wissen genau, daß dieser Vorwurf vor der Wahl von Schacht Gegenstand eingehender Untersuchungen im Reichsrat gewesen ist. Er ist dort als gänzlich haltlos nachgewiesen worden, so haltlos, daß selbst der Vertreter Bayerns, der vorher für Helfferich eingetreten war, in der vornehmsten Weise über diese Verhandlungen im Plenum des Reichsrats referierte und Schacht zur Wahl empfahl. Ebenso haltlos hat sich der zweite Vorwurf gegen Schacht erwiesen. Weil Schacht Aufsichtsratsvorsitzender der Gesellschaft war, deren Generaldirektor Litwin wegen Vergehens gegen die Devisenbestimmung beschuldigt wurde, hat man ihn selbst mit der Angelegenheit in Verbindung gebracht. Das Verfahren gegen Litwin ist inzwischen von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden. Damach bleibt auch davon nichts mehr übrig. Kennzeichnend aber ist bei diesem ganzen Fall die Tatsache, daß Litwin der einzige Großindustrielle in Deutschland ist, gegen den wegen Vergehens gegen die Devisenbestimmungen Anklage erhoben wurde — obwohl doch sicher Tausende sie übertreten haben —, der deshalben verhaftet wurde und dessen Strafverfahren mehr als sechs Monate dauerte, ehe es eingestellt wurde. Man geht hierbei wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Behandlung Litwins mit der Tatsache in Verbindung steht, daß er der einzige Großindustrielle ist, der sich für die Erfassung der Sachwerte in der Oeffentlichkeit ausgesprochen hat. Der Haß gegen ihn ist genau wie der Haß gegen Schacht eine Folge ihrer politischen Auffassungen. Im Zusammenhang damit wird Schacht drittens zum Vorwurf gemacht, er trete für einen Generalpardon für Devisenvergehen ein. Aber genau dasselbe tun Stinnes und Helfferich, genau dasselbe hat unzählige Male Havenstein getan. Und sie alle treten nicht nur für Amnestie für Devisenvergehen, sondern auch für Amnestie wegen Kapitalflucht ein. Sie alle behaupten, das sei notwendig, um das geflüchtete Kapital der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen. Warum ist bei Schacht Verbrechen, was bei Stinnes, Helfferich und Havenstein vaterländisches Verdienst ist?

Das kommunistische Direktorium im Ausland.

Bürgerkriegshetze aus dem sicheren Hinterhalt.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist bekanntlich auf Grund des Ausnahmegesetzes von dem Militärdictator verboten worden. Sie selbst hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß sie illegal weiterbestehe. Das ergibt sich auch aus einer Anweisung des im Auslande weilenden Direktoriums der kommunistischen Partei an die bisherigen Unterbezirke, die der Sozialdemokratische Parlaments-Dienst jetzt veröffentlicht. Vor allen Dingen ist aus diesem von den Kommunisten als „Organisationsplan" bezeichneten Dokument ersichtlich, daß sie auch heute noch mit großen Geldmitteln von Moskau aus versehen werden, denn ohnedem wären sie nicht in der Lage, die großzügige Propaganda, die von dem Direktorium angeordnet wird, durchzuführen.

Der Organisationsplan

hat folgenden Wortlaut:

„1. Die KPD. arbeitet jetzt noch illegalen Grundsätzen, solange es nicht gelingt, die Aufhebung des Verbotes der KPD. zu erzwingen. Hierzu sind folgende Anordnungen getroffen:

a) Leitung: Sämtliche Funktionäre der Partei, die der legalen Periode angehört haben, sind ihres Amtes enthoben. Die Leitung übernimmt ein Direktorium aus drei Personen. Dieses Direktorium teilt in den Arbeitsgebieten (Unterbezirk) eine engere Leitung ein, die ihrerseits leitende Komitees in den Ortsgruppen und Betriebszellen ernennt. In dieser Periode der ernsten Illegalität muß die militärische Disziplin gehalten und gefördert werden.

b) Gliederung: Die Parteimitglieder des Ortsvereins und Betriebszellen gliedern sich in Fünfergruppen. Sie werden je fünf wieder zu einer Einheit zusammengeschlossen. Gemeinsame Besprechungen finden nur zu Fünf statt. Größere Sitzungen und Konferenzen der Partei sind streng verboten.

c) 5 bis 7 Ortsgruppen bilden ein Arbeitsgebiet, 5 bis 7 Arbeitsgebiete bilden einen Unterbezirk.

d) Die Zentrale wird gebildet durch einen Dreierkopf, der seinen Sitz im Ausland hat. Der Dreierkopf bestimmt ein siebengliedriges Komitee zur Leitung der Geschäfte.

e) Kurierdienst: Die Verbindung zwischen Ortsgruppen mit Arbeitsgebiet, Unterbezirk und Bezirk wird durch Kuriere hergestellt. Jeder Kurier muß im Besitze eines Ausweises des Dreierkomitees sein. Jeder andere Kurier ist abzuweisen.

f) Hellenarbeit: Die revolutionäre Arbeit ist nur möglich bei einer Verbindung zwischen Partei und Proletariat. Während des Zustandes der Illegalität ist systematische Arbeit in den Betriebszellen nötig, die in Verteilung von Handzetteln, Kleberzetteln und Betriebszeitungen besteht. In den Großbetrieben ist für Veranstaltung geselliger und kultureller Veranstaltungen und Bildung entsprechender Arbeitsvereinigungen Sorge zu tragen (Esperanto-Vereine, Schlagball-Vereine).

g) Während des illegalen Zustandes ist die Partei geschlossen. Die alten Mitgliedsbücher und Ausweise sind ungültig. Neue Mitglieder dürfen nur aufgenommen werden, wenn sie in einem Betrieb stehen oder als Arbeitslose von zwei Kommunisten empfohlen werden. Spitzel und Provokateure müssen erledigt (!) werden.

h) Die illegale Arbeit muß das Verschwinden der Partei aus der Oeffentlichkeit verbindern. Unter Anspannung aller Kräfte ist dauernd revolutionäre Arbeit zu betreiben. Selbstgeschriebene und gemalte Plakate, Wandzeitungen, Klebezettel müssen überall verbreitet werden. Mit Schablonen sind die Parolen der KPD. anzumalen. Hierzu gehört auch die Bearbeitung der Kleinbauern, Schupo, Reichswehr, Intellektuellen, Arbeitslosen und Kurzarbeiter.

2. Um diese unter a bis h aufgezählten Arbeiten durchzuführen, bedarf es einer umfangreichen Vorbereitung. Die Agitation muß gut begründet sein. Hierzu ist erforderlich:

a) Anweisung für Tätigkeit: Sammlung der Massen, der Masse Kraftbewußtsein beizubringen, Demonstrierung der Not, Unterstützung der Forderungen, Einschüchterungen des Feindes.

b) Parolen für Versammlungen: „Wir hungern und frieren", „Wir fordern Arbeit und Brot", „Beschlagnahme von Lebensmitteln bei Großagrariern und Großhändlern", „Beschlagnahme der Sachwerte und Devisen", „Beschlagnahme der bürgerlichen Wohnungen".

c) Bildung der Einheitsfront zum Generalstreik und bewaffneten Aufstand, Diktatur des Proletariats zur Rettung der Einheit des Reiches.

d) Jeder Schlag des weißen Terrors muß mit einem Schlag des roten Terrors erwidert werden. Das Bündnis zwischen Rußland und Rätedeutschland muß hergestellt werden. Die proletarischen Hundertschaften müssen verstärkt werden.

3. Zu den Arbeiten, die zur Vorbereitung kommunistischer Aktionen dienen, gehören.

a) Agitation in den Betrieben, vor den Toren der Fabriken, Betriebsversammlungen, Verbreitung von Flugblättern, Zeitungen.

b) Herumtuerfen von Flugblättern in Kinos, aus Häusern in Straßen, auf denen starker Verkehr herrscht.

c) Hauspropaganda, Jugendpropaganda, Propaganda in den Schlangen vor den Läden, Arbeitslosenzahlstellen, in Lokalen.

d) Herausgabe von Zeitungen, besonderer Plakate und Flugblätter zur Bearbeitung der Sipo und Reichswehr.

e) Einberufung von Versammlungen unter legalem Deckmantel (Wirtschaftliche Versammlungen).

f) Arbeitseinteilung: Genaue Einteilung der Arbeit nach Tagen, zum Beispiel jeden Sonnabend: Besprechung der Unterbezirke, Ortsgruppenleiter; Sonntag: Information der Gruppenführer; Montag: Hausagitationstruppe und Jugendtruppe zum Zettelverteilen und Zettelankleben ansetzen; Dienstag: Beginn der Vorbereitungsarbeiten in den Betrieben. Nachts Plakate kleben; Mittwoch: Plakate ankleben; Donnerstag: Betriebsversammlungen.

Punkt 4 bezeichnet die Ziele der illegalen KPD. Unter 4c) und den folgenden Punkten heißt es u. a.:

a) Die Partei muß auf die Straße geführt werden, die Mitglieder müssen sich in jede Ansammlung, selbst in die kleinste, mischen und dort eine der kommunistischen Sache entsprechende Agitation führen. Ueberall müssen durch besondere Gruppen bis zu 100 Mann Ansammlungen organisiert, Diskussionen, Schießereien (!) usw. inszeniert und dadurch Neugierige angezogen werden.

d) Arbeitslosenräte müssen geschaffen werden. Ueberall hin müssen Delegationen geschickt werden (Reichstag, Regierungsstellen), die bestimmte konkrete Forderungen vorzubringen haben.

e) Straßendemonstrationen sind zu organisieren, die von bewaffneten kommunistischen Abteilungen zu schützen sind. Die Kommunistische Partei muß die Straße beherrschen, bei allen Aktionen auf der Straße muß sie die führende Rolle spielen. Nicht durch Streiks und Proteste kommt man bei der heutigen Wirtschaftslage zum Bürgerkrieg (!), nur durch Demonstrationen wird dieses Ziel erreicht.

*

Dazu bemerkt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst:

Der „Organisationsplan" ist bezeichnend für den Geist, der die Kommunistische Partei beherrscht. Das kommunistische Direktorium verlangt nicht nur „militärische Disziplin", um den Militarismus zu bekämpfen, sondern läßt sich bei jeder agitatorischen Handlung von der Absicht leiten, den Bürgerkrieg zu entfesseln. Das ergibt sich aus dem Schlußsatz des „Organisationsplanes" und den übrigen Anordnungen, in denen zur Inszenierung von Schießereien aufgefordert wird. Das Tollste an der Geschichte aber ist, daß die Befehle zur Herbeiführung des Bürgerkrieges, also einer blutigen Auseinandersetzung zwischen einzelnen Teilen des deutschen Volkes, von Kommunisten ausgehen, die selbst im Auslande sitzen und sich ihrer Haut sicher fühlen. Wie im Märzputsch 1920 sollen also auch in Zukunft die verzweifelten und hungernden Massen ohne irgendeine Aussicht auf Erfolg sinnlos vor die Maschinengewehre getrieben werden, während die Hetzer eines solchen Wahnsinns im Auslande sitzen und mit russischen Geldern prassen. Unter diesen Umständen kann man die unpolitischen und darbenden Elemente, die der KPD. heute noch ihre Gefolgschaft geben, wirklich nur bedauern.

Völkischer Block in Bayern.

München, 8. Januar. (WTB.)

Die Vertreter aller völkischen Verbände und Gruppen Bayerns schlossen sich nach der „München-Augsburger Abendzeitung" auf einer Tagung in Bamberg zu einem völkischen Block zusammen, der demnächst bei den Wahlen hervortreten wird. An General Ludendorff wurde ein Begrüßungstelegramm gerichtet.

Englisches Dementi.

London, 8. Januar. (WTB.)

Das Foreign Office dementiert die Zeitungsmeldung, daß die gegenwärtige britische Regierung entschlossen gewesen sei, die britischen Truppen aus Köln zurückzuziehen und die britischen Vertreter in der Reparationskommission und der Botschafterkonferenz abzuberufen.

Erfolg internationaler Solidarität. Reuter meldet aus London: Die Mannschaft von sieben deutschen Dampfern, die in Hull im Dock liegen, traten in den Ausstand. Sie verlangten entsprechend den britischen Lohnsätzen bezahlt zu werden und werden darin von der britischen Seemannsunion unterstützt. Einer der deutschen Kapitäne hat ihre Forderungen bewilligt.

Meerumschlungen.

41] Roman von K. von der Eider.

Da trat in Karsten Hennigs' Antlitz wieder der harte Zug, der ihm so schlecht stand. „Ja," entgegnete er, „sie war gewöhnt, auf einem weichen Stuhl zu sitzen und an einem weißen Tisch zu essen, da sitzt sich's nachher schlecht an dem Wachstischtuch in der Lauterstube."

Thoras Augen flammten auf in dem alten, schönen Feuer. „Sie war gewohnt, wie ein fühlender Mensch behandelt zu werden," erwiderte sie. „Da arbeitet sich's nachher schwer ohne Liebe."

Sie waren bei dem Schulmeisterhäuschen angelangt. Nach kurzem Gruß ging sie weiter. Er sah der schwarzen Gestalt nach, die den goldglänzimmernden Kopf so gerade trug, und bittere Reue packte ihn.

Einen Augenblick später war er noch einmal an ihrer Seite: „Sagen Sie Samna doch, sie möchte ausharren; wer ausharrt, wird gekrönt werden, und — grüßen Sie sie von Karsten Hennigs."

Da war es, als glitte ein flüchtiger Sonnenstrahl über ihr Antlitz . . .

Einige Tage später, an einem regnerischen Septembertag, empfand Thora plötzlich einen brennenden Hunger nach Menschen. Sie war in der letzten Zeit oft mit ihren Gedanken allein gewesen; jetzt sehnte sie sich danach, neben einem anderen Menschen zu sitzen, zu sprechen von dem, was ihr Herz bedrückte, und von dem, was ihr die Zukunft bringen würde. Sie sehnte sich danach, aus einem anderen Munde Rat und Trost zu hören.

So ging sie denn zu ihrer alten Freundin, der Pastorin Hinrichs. Sie traf diese nicht zu Hause und war sehr enttäuscht. Wo sollte sie nun hingehen mit ihrem unruhevollen Herzen? Einen Augenblick blieb sie noch bei der Nachbarin stehen, die vor ihrer Haustür die Fliesen schrubbte.

Diese, eine redselige Frau, hielt sogleich mit ihrer Arbeit inne. „Dem Herrn Pastor geht es wohl schlecht?" fragte sie, und ohne die Antwort abzuwarten, fuhr sie fort: „Ja, ja, ich hab' es schon neulich gesagt, man kann ihm ja das Vaterunser durch die Backen blasen. Gerade so sah auch der alte Pastor Hinrichs aus, vier Wochen vor seinem Tode. Wie lange meinen Sie wohl, daß er es noch macht? Wissen Sie auch, Frau Pastor, daß es im Frühjahr bei Süssel Langrehm vorgeübt hat? Die hat den Herrn Pastor als Leiche in dem Sarge gesehen, groß und breit, und ein großes Gesoffe dabei, und dann hat es an ihr Fenster geklopft, dreimal."

„Das — das sagen Sie mir?" stammelte Thora. „Was habe ich Ihnen getan, daß Sie mich so peinigen?"

„Ach, ich wollt' Sie ja man bloß warnen, wenn's Unglück kommt, daß Sie sich dann nicht erschrecken."

„Ich bin nicht abergläubisch," sagte Thora ernst. „Ich glaube, wenn mir Gott ein Leid schickt, wird er mir auch die Kraft geben, es zu tragen. Adieu!"

Mit diesen Worten ging sie weiter, aufrecht wie immer; aber in ihrem Innern jammerte sie: Haben denn diese Menschen kein Gefühl? Sehen sie nicht, wenn sie einen Wunden schlagen, wie sie bluten?

Und immer noch dieser Hunger nach Menschen in ihrer Seele.

Ein Gedanke kam ihr, ein guter Gedanke, wie sie meinte. Sie wollte zu der Kirchspielkrügersfrau gehen; das war eine gutmütige Seele, die würde um ein paar tröstende Worte nicht verlegen sein. Sie war ja auch Mutter.

So ging die junge Frau weiter im strömenden Regen. Sie trat in den kleinen Laden, bestellte einige Waren, und ihre Erwartung wurde nicht getäuscht. Gretjen Boysen führte sie sogleich in die beste Stube.

„Gehen Sie man rein, Frau Pastor," sagte sie, „und nehmen Sie ein bischen Platz; ich will man schnell dem kleinen Jungen ein Viertel Kandis abwiegen. Den Schirm stellen Sie man in die Ecke bei der Seifentonne; ich komme gang gleich."

Thora trat in die große, ungemütliche Stube und ließ sich erschöpft auf einen der steifleinenen Stühle nieder. Vor ihr lag ein großer Wapenbogen, mit ungelenken, verschnörkelten Schriftzügen bedeckt. Unwillkürlich wurde sie einen Blick auf das Papier, das Wort „Pastor: Gröhn" fiel ihr ins Auge. Was war das? Dies ging ja sie an. Sie nahm den Bogen in die Hand und las:

An das hochgeehrte, hochwohllöbliche Landratsamt!

Wir Endesunterzeichneten, die Bürger von Oldersvort, die wir in dem Kirchspielkrug von Oldersvort versammelt sind, richten an das hochwohlgeborene Landratsamt die unterthänigste Bitte, daß wir unseren Pastor Detlef Gröhn, Pastor zu Oldersvort, wieder zurückerstatten haben möchten, dieweil durch Zeugen erwiesen und bestätigt wird, daß obengenannter Herr Pastor Gröhn nicht wahnsinnig ist. Er ist vielmehr ohne sein Wissen und Willen nach Schleswig überführt worden, und ohne daß die Gemeinde befragt worden ist. Weselbst er bis auf den heutigen Tag verblieben ist. Darum bitten die Endesunterzeichneten das hochwohllöbliche Landratsamt allerunterthänigst, für uns eingetreten, daß unser Herr Pastor Gröhn zurückkehrt zu seiner ihm auserwählten Gemeinde.

Bescheinigt und unterschrieben: Peter Friedrich Goos.

Dann folgte noch eine Reihe Unterschriften.

Thora las. Die Buchstaben fingen an zu tanzen und zu zittern vor ihren Augen; sie rang nach Atem. Noch hielt sie das Blatt in den bebenden Händen, da stand mit einem Male die Krügersche in der Tür und bekam einen sehr roten Kopf.

„Ach so, Frau Pastor, Sie haben die Petitschon. Ja, das ist man bloß, daß der Herr Pastor wiederkommt, weil sie so viel von ihm halten. Da haben sie die alte Petitschon bei uns gelassen, damit die Leute, die in den Krug gehen, das unterschreiben können. Acht Tage hat sich das Ding schon in der Schenkstube herumgetrieben; es ist sogar schon ein Fettfleck drangekommen. Wenn Pe Goos das sieht, wird er böse. Da hab' ich es hereingelegt, damit es nicht fortkommt."

„Dies Schreiben wäre nicht nötig gewesen," unterbrach Thora die Frau.

„Ja, nicht wahr? Ich habe auch schon gesagt: „Jan, laß die Finger davon. Laß Pe Goos das allein aufessen, wenn er so neumodisch ist!" Nun streiten sie sich noch darum, wer damit bei den Bauern herumgehen soll. Na, die Bauern haben auch etwas anderes zu tun, als kümmern sich um ungelegte Eier. Ich hab' gesagt, ich unterschreibe das nicht! Wenn es noch so schön geschrieben wäre, aber das ist doch keine studierte Schrift! Wenn der Herr Doktor ein Rezept schreibt oder der Herr Pastor schreibt einem was auf, das ist so geschrieben, daß ein gewöhnlicher Mensch es gar nicht lesen kann, so krous sind die Buchstaben. Das da kann ja jedes Kind lesen."

Thora hatte während dieses Redeerguisses Zeit gefunden, sich zu sammeln. Nichts in ihr verriet die innere Bewegung; ihre Miene blieb gleichmäßig ruhig und freundlich.

„Ich wollte Ihnen nur mitteilen," sagte sie, als die redselige Wirtsfrau einen Augenblick schwieg, „daß ich morgen nach Schleswig fahre, um meinen Mann wiederzuholen. Dann brauchen sich die guten Leute nicht mehr wegen der Petition zu bemühen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401081-14/fragment/page=0002

Das Arbeitslosenproblem.

Im Anschluß an ein Referat des Staatssekretärs a. D. Prof. Dr. Hirsch hat die letzte Bundesausschußsitzung des Afa-Bundes einen Gesamtplan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufgestellt. Der Vorschlag will nichts mehr und nichts weniger sein als ein Ausweg aus der Sackgasse, in die uns die einseitige Wirtschaftsgefälligkeit der deutschen Unternehmertums, unterstützt durch eine allzu bürgerliche Regierung, glücklich geführt hat, indem sie durch rein mechanische Eingriffe in den Wirtschaftsapparat, Verlängerung der Arbeitszeit und Lohndruck, die Industriekrise, besonders die Arbeitslosenkrise, verschärfte. Der Plan betont vor allem die Notwendigkeit, ein System der freiwilligen Sachleistungen für Reparationen zu vereinbaren, das eine zweckmäßige taktische und räumliche Verteilung der Leistungen vorsieht, damit der Grundgedanke der Beschäftigung freier Arbeitskräfte für Zwecke der Reparationen wiederhergestellt wird.

Den stattgefundenen und vor sich gehenden Verschiebungen der Industrie soll unter Mitwirkung der Selbstverwaltungskörper des Arbeitsnachweises durch Umgruppierung und Umschulung der Arbeitslosen Rechnung getragen werden, wobei in Uebereinstimmung mit den bekannten Grundsätzen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Jugendliche und Unverheiratete zum Berufs- und Ortswechsel zu veranlassen sind. Die Neuschaffung von Arbeitsgelegenheiten soll durch Kreditbeschaffung für produktive Zwecke — vorwiegen wird hierbei auf den von der Rentenbank an Private zu gewährenden Kredit von 1200 Millionen Rentenmark — und durch Arbeitsgelegenheit erfolgen, für die das Reich, Länder und andere öffentliche Körperschaften Sorge tragen sollen. Gefordert wird u. a. erhöhter Holzeinschlag im Waldbesitz der deutschen Länder im privaten Waldbesitz, durch den, auch bei ermäßigtem Absatzpreis, dem öffentlichen Waldbesitz neue Mittel und den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. Außerdem verlangt der Vorschlag Ausbau neuer Kohlenschächte im preußischen Staat, Ausbau des staatlichen Bergbaues im Sinne eines seit Jahresfrist in der Denkschrift eines Ministeriums vorliegenden Vorschlags, Wiederaufnahme der eingestellten wichtigen Bauten für öffentliche Zwecke mit Hilfe privaten und Rentenmarktkredites, Kapitalzuschüsse der beteiligten Staaten, Provinzen und Gemeinden und des privaten Kapitals für den Mittellandkanal, Belebung des Baumarktes durch Heranziehung der Leistungskraft wirtschaftlich starker Mietergruppen bis zur vollen Goldhöhe der Friedensmiete unter Vermeidung des Versuchs, die Mieten lediglich zu steuerlichen Zwecken und zum Nutzen privater Besitzer auf volle Goldhöhe zu bringen. Linderung der Wohnungsnot durch Erschließung austreibender gemeinwirtschaftlicher Kapitalsquellen aus der Wohnungswirtschaft selbst und Inanspruchnahme großzügiger Moorkultivierungen, durch Heranziehung Zehntausender brachliegender Arbeitskräfte auf Jahre hinaus, wie sie bereits das Ministerium Wirth in Aussicht gestellt hat.

Eine eingehende Erörterung findet der Gedanke von Arbeitsbeschaffung durch Preisdruck, da trotz der festen Währung der versprochene Preisabbau infolge der Uebermacht der Kartelle und der Trusts zum Schaden der Exportmöglichkeit und der Kaufkraft im Lande selbst, nicht eingetreten ist. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß eine gesetzliche Neuregelung dem Reiche oder einer von ihm zu bestimmenden Stelle das Recht der unmittelbaren Nachprüfung jeder Preisforderung von Unternehmen, die eine bestimmte Größe überschreiten, gibt. Gegebenenfalls muß die sofortige Preisherabsetzung durch einfache Anordnung ermöglicht und der verteuernde Zwischenhandel durch unmittelbare Verbindung zwischen Produzenten und Konsumenten ausgeschaltet werden. — (Wir kommen in einem ausführlichen Artikel auf das Arbeitslosenproblem und die Vorschläge des Afa-Bundes zurück.)

Der Ruck nach links.

Das Ergebnis der französischen Senatswahlen.

Paris, 9. Januar. (WTB.)

Das Ministerium des Innern veröffentlicht über die vorgestrigen Senatswahlen eine amtliche Statistik mit Abweichung von der Havasgruppierung. Hiernach sind gewählt: 16 Konservative, 30 gemäßigte Republikaner, 37 Linksrepublikaner und radikale Republikaner, 36 Radikale und Radikalsozialisten, 4 sozialistische Republikaner und zwei Sozialisten.

Antimonarchische Kundgebungen in Japan. Nach Meldungen aus Tokio haben dort am Sonnabendabend Umzüge und Kundgebungen gegen die Dynastie stattgefunden. Von einem Koreaner wurde eine Bombe gegen das augenblicklich unbewohnte kaiserliche Palais geschleudert. Die Bombe ist jedoch nicht zur Explosion gelangt.

Wirtschaftspolitik.

Die Mark an der Börse.

Von der Berliner Montag-Börse wird gemeldet:

In Auszahlung Paris kam heute nicht im entferntesten soviel Material heraus, als noch am Sonnabend. Der Kurs wurde für Paris nicht unerheblich wieder heraufgesetzt. Das hängt naturgemäß auch damit zusammen, daß der französische Frank nach der letztägigen starken Abschwächung sich international wieder etwas befestigt hat. London gegen Paris stellte sich auf etwa 84¼ G. Kabel gegen Paris auf 20.10. Anscheinend ist im internationalen Markt durch die Bank von Frankreich intervenniert worden. Allerdings dürften auch die von der französischen Regierung geplanten Maßnahmen gegen den Frankkurs stimmungsgemäß den internationalen Markt beeinflußt haben. Auch London liegt heute gegen Kabel Neuyork etwas fester mit 4.31¾.

Die Markbewertung im Auslande zeigt keine nennenswerten Veränderungen, jedoch ist ebenfalls eher eine leichte Befestigung für die Mark festzustellen. Aus London liegt ein unveränderter Kurs von 19½ Billionen vor, aus Amsterdam werden Kurse von 58½ bis 59½ Cent pro Billion und auch noch eine Kleinigkeit höher gemeldet. Aus dem besetzten Gebiet hört man Kurse von 19 bis 19¾ Billionen für das Pfund.

Am Notenmarkt wurden Pfundnoten mit 10 Prozent, Dollarnoten mit 5 Prozent, holländische Gulden mit 15 und italienische Lire mit 30 Prozent repartiert. Die Anforderungen in französischen Franken wurden heute voll berücksichtigt.

*

An der gestrigen Neuyorker Schluß- und Nachbörse wurde die Mark mit einer Dollarparität von 4,7 Billionen bewertet.

Das wertbeständige Reichseisenbahnnotgeld.

Berlin, 8. Januar. (WTB.)

Mit der zunehmenden Verbreitung der Rentenmark hat sich in der Geschäftswelt vielfach eine Zurückweisung des wertbeständigen, auf Goldanleihe gestellten Notgeldes der Reichsbahn bemerkbar gemacht. Um dem entgegenzutreten, hat die Reichsbahn der Vereinigung der Berliner Banken und Bankiers (Stempelvereinigung) den Umtausch in einer zu diesem Zwecke geschaffenen Umwechselungskasse zugestanden, obgleich die Umtauschpflicht nach der bekannten Verordnung der Reichsregierung erst von dem Aufruf des Notgeldes an besteht. Da nunmehr die Banken das wertbeständige Eisenbahnnotgeld nach Möglichkeit an ihren Schaltern annehmen werden, ist der glatte Umlauf des Notgeldes gesichert. Bei dieser Gelegenheit sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Reichsbank überhaupt kein Notgeld ausgibt, da sie das als Anleihe ansieht. Es kommt also auch die Annahme des wertbeständigen Reichseisenbahnnotgeldes durch die Reichsbank nicht in Frage. Im übrigen ist das wertbeständige Eisenbahnnotgeld ein ebenso vollwertiges Zahlungsmittel wie die Goldanleihe, weil es durch Goldanleihe und Goldschatzanweisungen voll gedeckt ist.

Das Ruhrkohlensyndikat wieder in Essen. Nachdem das Fortbestehen des Kohlensyndikats in der neuen Form unter dem Namen „Verteilungs- und Verkaufsvereinigung für Ruhrkohle" gesichert ist, wird schon in den nächsten Tagen auch die Rückverlegung des Sitzes von Hamburg nach Essen erfolgen. Da das alte Heim des Kohlensyndikats von der Besatzungsbehörde besetzt ist, wird das zurückkehrende Syndikat vorläufig in der Viktoriaschule untergebracht werden.

Herabsetzung des Bezugszinsensatzes. Der Verband der Deutschen Bezugsvereinigungen für Baumwollene Gewebe, Leipzig, mit dessen Festsetzung der Bezugszinsen auf einen Wuchersatz von 1½ Prozent täglich wir uns vor Weihnachten ausführlicher beschäftigen mußten, teilt uns jetzt mit, daß er den Bezugszinssatz im Durchschnitt auf 3 pro Mille täglich herabgesetzt hat.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Wie ein Kampf erfolgreich geführt wird.

Zu dem Abschluß der Lohnbewegung in Oesterreich.

Man gefällt sich in Deutschland, in einem halb mitleidigen Ton von dem „kleinen" Oesterreich zu sprechen. Es gibt ein Gebiet, auf dem die Arbeiterführer unserer großen Partei von dem „kleinen" Oesterreich lernen können: Die Art, wie man Arbeiterinteressen vertritt, wie man gewerkschaftliche Kämpfe durchführt. Das ganze Geheimnis des Erfolges der Sozialdemokratischen Partei in Oesterreich besteht darin, daß sie die Macht ihrer Massen ernstlich einsetzt und deshalb von ihren Gegnern auch ernst genommen wird. Es gibt bekanntlich größere Parteien, als die österreichische ist, deren Größe aber im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Macht im Staate steht. Schon politische Schulkinder wissen, daß es nie auf die Zahl der Mandate oder auf die Zahl der Mitglieder ankommt, über die man verfügt, sondern auf den Gebrauch, den man von diesen Zahlen zu machen weiß.

Die österreichische Arbeiterschaft hatte im vergangenen Jahre, während der schwierigsten Zeit der täglichen Geldentwertung, das Indexsystem erkämpft. Es besteht darin, daß neben einem Grundlohn eine gleitende Lohnzulage, entsprechend dem jeweils festgestellten Ausmaß der Teuerung, automatisch ausgezahlt wurde. Nach der Stabilisierung der Krone setzte eine große Industriekrise ein. Arbeitslosigkeit und Verdienstkürzung waren die Frucht des Sanierungswerkes für die Arbeiterschaft. Diese Krise der österreichischen Industrie, fast ausschließlich eine verarbeitende Industrie, ist nun überwunden. Die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft brachte der österreichischen Industrie Beschäftigung und damit den Wiederbeginn der Konjunktur. Die Arbeitnehmer Oesterreichs, deren Lohnniveau während der Krisenzeit stark gesunken war, verlangten nun eine Erhöhung ihrer Bezüge.

Mitte Oktober stellten die Industriegesellten ihre Forderungen auf. Vor den Wahlen erhielten sie Zusagen und Vertröstungen, weil die bürgerlichen Parteien auf die Stimmen der geistigen Arbeiter, der Techniker und Ingenieure, rechneten. Nach den Wahlen wurde man deutlicher. Am 16. November 1923 wurde der Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten beendet, auf welchem Bauer die verschärfte Opposition ankündigte. Die Erregung der Arbeiterschaft war zu dieser Zeit bereits groß. Die Unternehmer sahen in den Industriegesellten den schwächsten Punkt der Arbeiterfront. Die machtlosen geistigen Proletarier sollten auf die Knie gezwungen werden, die Niederlage der Handarbeiter werde dann von selbst folgen. Die Unternehmer lehnten die Erhöhung der Bezüge nach dem Kollektivvertrag ab und erklärten, nur zu individuellen Erhöhungen bereit zu sein. Das hieß, die Machtfrage aufrollen. Am 19. November lief das Ultimatum der Industriegesellten ab. Die Metallarbeiter, die gleichzeitig in einen Lohnkampf eintraten, setzten sich mit den Industriegesellten ins Einvernehmen und beschlossen, den Kampf gemeinsam zu führen. Schon dieses erste Zeichen der Solidarität zwischen Hand- und Kopfarbeitern veranlaßte die Regierung zu einem, wenn auch nur schwächlichen, Vermittlungsversuch. Die Unternehmer glaubten, ihre Verschleppungstaktik fortsetzen zu können. Da traten am 22. November die Angestellten der Elektro-Industrie in den Streik. Es war ein wilder Streik, ohne Zustimmung der Organisation. Doch er war begreiflich. Die Geduld der Angestellten war zu Ende. Was taten nun die Unternehmer? Die Unternehmer sperrten am selben Tag in allen Betrieben, in denen die Angestellten in den Streik getreten waren, die Arbeiterschaft aus. Was taten die Gewerkschaften? Zogen sie sich frömmelnd zurück, weil der erste Schuß gefallen war, ohne daß Befehl gegeben wurde? Nein, sie nahmen den Kampf der Angestellten und der Arbeiter auf, und zwar so energisch auf, daß das Ende kaum zweifelhaft sein konnte.

Nun folgte Schlag auf Schlag. Die Unternehmer wollten in weitere Verhandlungen erst nach Abbruch des wilden Streiks treten. Am 27. November beschloß der Vierziger-Ausschuß der Wiener Metallarbeiter, den Generalstreik zu empfehlen, nachdem alle Verhandlungen mit den Unternehmern gescheitert waren. Wenn dieser, soweit nur für Wien angekündigte Generalstreik erfolglos bleiben sollte, so sollte er in kurzer Zeit auf das ganze Gebiet der Republik ausgedehnt werden. So machte die Arbeiterschaft die Sache der im Vorhofgefecht stehenden Angestellten und Metallarbeiter zur Sache der Gesamtarbeiterschaft, zu einer Frage von Sein oder Nichtsein.

An diesem Tage schrieb die Wiener „Arbeiter-Zeitung":

„Es geht zunächst um Metallarbeiter und Industriegesellte. Aber ihre Sache ist die Sache des ganzen arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Die Metallarbeiter sind die Kerntruppe unseres Heres, die Preisfechter des deutsch-österreichischen Proletariats; die ganze Arbeiterklasse weiß, daß ihre Niederlage unsere aller Niederlage wäre, ihr Sieg unser aller Sieg sein wird. So schwer die Entscheidungen sein mögen, die der große Kampf den Arbeitern und Angestellten der andern Berufe und Gewerkszweige auferlegen mag: wir werden diese Entbehrungen tragen in Bewußtsein, daß es um die Kraft, um die Zukunft der ganzen Arbeiterklasse geht. Wir kennen keinen Unterschied zwischen geistigen und Handarbeitern. Schulter an Schulter zu kämpfen, zwingt uns der Feind selbst. Schulter an Schulter müssen und werden wir siegen."

Dieser Beschluß wirkte, die Regierung griff sofort ein. Der Bundeskanzler Dr. Seipel, die Vorstände der Gewerkschaften und die Vertreter der Unternehmer setzten sich zu gemeinsamen Beratungen zusammen. Noch einmal, am 30., knapp vor Ablauf des Ultimatums, versuchten die Unternehmer ihr Prestige zu retten, indem sie sich weigerten, Verhandlungen abzuschließen, ehe der wild ausgebrochene Streik der elektrotechnischen Angestellten abgebrochen wurde. Diese Zumutung wurde zurückgewiesen. Der christlichsoziale Bundeskanzler sah sich vor dem vollständigen Zusammenbruch seines mühsam zusammengeflickten Sanierungswerkes stehen. Die Bundesangestellten, die irgendwelchen auch mit Lohnforderungen an die Regierung herangetreten waren, erklärten ohne Unterschied der Partei ihren Anschluß. Der entscheidende Tag war da; alle Vorbereitungen für den Kampf waren getroffen. Vor dem Ernst dieser Schlage brachen die Unternehmer zusammen. Es kam noch am gleichen Tage zu einem Abkommen mit den Metallarbeitern, das diese vollständig zufriedenstellte. Die Generalstreikdrohung wurde aber nicht aufgehoben, solange nicht auch der Kampf der Industriegesellten zufriedenstellend beendet war. Noch 24 Stunden mußten sich die Unternehmer, dann gaben sie auch hier nach.

Was ziffernmäßig bei dieser Lohnbewegung verlangt und erreicht wurde, ist verhältnismäßig belanglos gegenüber dem klaren Sieg in der Frage: wer bestimmt die Bedingungen der Arbeit in den Betrieben? Der Unternehmer, als Herr im Hause, oder die freie Vereinbarung von Organisation zu Organisation!

Der Angriff auf die Errungenschaften von 1918 ist in dem „kleinen" Oesterreich restlos abgeschlagen. Die große Partei aber in dem großen Reich windet sich in Ohnmacht. Auszeliefert der Willkür von Säbel und Geschaß sind die deutschen Arbeiter, solange sie sich nicht die Macht bestimmen, die ihrer Zahl liegen könnte, in einer einheitlichen Bewegung unter kampfentschlossener Führung.

Bruno Frei.

Machtkitzel.

Daß die Bestrebungen, die Arbeitszeit zu verlängern, keinem volkswirtschaftlichen Bedürfnis, sondern nur dem gesteigerten Machtgefühl weiter Unternehmerkreise entspricht, kann mit vielen Beweisen belegt werden. Ein kleines, aber drastisches Beispiel wird uns jetzt wieder mitgeteilt. Bekanntlich wollen die Unternehmer im Buchdruckgewerbe ebenfalls den Neunstundentag einführen, und da die Gehilfenschaft sich weigert, ist am Ende voriger Woche überall in ganz Deutschland die Kündigung der Arbeitnehmer erfolgt. Vordem trat ein hallischer Buchdruckereibesitzer an das Personal heran und verlangte von ihm die Zustimmung, daß es von nun an wöchentlich 54 Stunden zu arbeiten bereit sei; in diesem Falle würde wieder voll gearbeitet (der Betrieb arbeitete seit Wochen verkürzt.) Das Personal lehnte es ab, den Achtstundentag preiszugeben; infolgedessen blieb es bei der vereinbarten Arbeitszeit.

Wir fragen: Wo liegt mehr Logik, bei dem Unternehmer, der angeblich die Arbeitnehmer nicht einmal acht Stunden beschäftigen kann, aber den Neunstundentag verlangt, oder bei den Gehilfen, die zunächst erst einmal Beschäftigung für alle verfügbaren Arbeitskräfte wünschen und acht Stunden verlangen, ehe sie sich zu einer längeren Arbeitszeit bereit erklären.

Gelbes Buchdruckerpflänzchen. Freudestrahlend lassen die Buchdruckerzeitungen heute durch WTB. verkünden, daß sich in Berlin unter dem Namen: „Nationalverband deutscher Buchdrucker" eine neue Buchdruckerorganisation gebildet hat, deren Geschäftsstelle sich Dessauer Straße 19, befindet. Mit Hilfe dieser gelben Brüder wollen die Berliner Zeitungskönige dem gesamten Buchdruckgewerbe den Achtstundentag rauben und die ohnehin schon niedrigen Löhne noch weiter herabdrücken. Sie dürften sich gründlich täuschen.

Aenderung der Dienstdauervorschriften.

Am Montag begannen im Reichsverkehrsministerium die Verhandlungen über eine Aenderung der am 5. August 1922 für die Eisenbahner erlassenen vorläufigen Dienstdauer-Vorschriften. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen nahmen vorläufig an den Verhandlungen noch nicht teil. Vertreten waren dagegen sämtliche Eisenbahnergewerkschaften. Da inzwischen die Kündigung einzelner Teile des Lohntarifvertrages durch die Reichsbahnverwaltung erfolgt ist, wurde auf Antrag der Organisationsvertreter zunächst zu dieser Frage Stellung genommen. Schließlich wurden die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt, um den Gewerkschaften die Möglichkeit zu geben, unter sich zu der Angestelltenfrage Stellung zu nehmen.

Die hallischen Metallarbeiterfunktionäre zur Lage.

Einmütiger Entschluß zur Zurückweisung der Unternehmerpläne. — Metallarbeiter von Halle, auf zur Generalversammlung!

Die Generalversammlung der Zahlstelle Halle des DMVB. am vorgigen Mittwoch warf ihre Schatten in der gestrigen Sitzung der Verbandsfunktionäre voraus. Zunächst wurde noch in voller Einmütigkeit der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Gröbel berichtete über die letzten Verhandlungen mit den Metallindustriellen. Ihre Absichten sind aus den Mitteilungen in der Montagsnummer des „Volksblatt" bekannt. Sie wurden einhellig von den Funktionären zurückgewiesen und in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Bezirksleitung des DMVB. aufgefordert, sofort alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Absichten der Unternehmer zu vereiteln. Gegen einige Stimmen, bei einer erheblichen Zahl von Stimmenthaltungen, wurde die Ortsverwaltung beauftragt, den Schlichtungsausschuß anzurufen, nachdem er nach der neuen Verordnung umgebildet worden ist.

Beim zweiten Punkt: „Stellungnahme zur Generalversammlung", beantragte die kommunistische Fraktion eine Pause von 15 Minuten, um den Fraktionsvorständen Gelegenheit zur Verständigung zu geben. Die Aussprache zwischen den beiden Richtungen fand statt. Sie verlief aber negativ, da die Kommunisten erklärten, sie müßten unter allen Umständen darauf bestehen, daß zwecks der Belebung der (kommunistischen) Agitation unter den Metallarbeitern Gröbel den Posten als 1. Bevollmächtigter aufgeben müsse. An seine Stelle solle Höcker treten, ebenso solle der 1. Kassierer, Kollege Heyne, sein Amt an den Kommunisten Spieß abgeben. Von den 11 Sitzen in der Ortsverwaltung sollten den Kollegen der VSPD. ganze zwei eingeräumt werden. Von unserer Fraktion wurde daraufhin erklärt, daß diese Vorschläge eine direkte Kriegserklärung an die VSPD.-Metallarbeiter wären und daß daraufhin das bisherige leidliche Zusammenarbeiten ganz aufhören werde. Diese Vorschläge seien keine Grundlage für eine gemeinsame Liste, wir könnten daraufhin nur mit Aufstellung einer eigenen Liste antworten.

Eine nach Schluß der Funktionärsitzung stattgefundene Fraktionssitzung beschloß demgemäß und schlägt als 1. Bevollmächtigten wieder den Kollegen Gröbel vor. Sie will damit durchaus nicht den kommunistischen Einfluß auf die Führung der Geschäfte ausschalten, sondern sie läßt sich einzig von dem sachlichen Gesichtspunkte leiten, daß Höcker in den vergangenen acht Monaten nichts von den Fähigkeiten gezeigt hat, die ein Mann an solcher verantwortlichen Stelle unbedingt besitzen muß. Die in der Fraktionssitzung anwesenden VSPD.-Metallarbeiter rufen deshalb die Kollegen auf, im Interesse der gewerkschaftlichen Organisation am Mittwoch, abends 7 Uhr, im „Volkspark" zu erscheinen und ihre Stimme dem Kollegen Gröbel zu geben. Zwar hat die KPD.-Fraktion ihre Hauptagitation in den Reihen der Erwerbslosen entfaltet und voraussichtlich wird sie auf ihren Vorschlag die Mehrheit der Stimmen vereinigen, aber die Fraktion der VSPD. macht es ihren Mitgliedern zur Pflicht, entsprechend ihrer nicht geringen Stärke auch bei der Ortsverwaltungswahl Stimmen aufzubringen.

Die bürgerliche Presse im Dienste des Unternehmertums. Ueber die neuen Lohnsätze und die Vereinbarungen über die Bezahlung der Mehrarbeit im Handels- und Transportgewerbe ist in den bürgerlichen Zeitungen Halles eine Notiz erschienen, deren Inhalt die Oeffentlichkeit irreführen kann und jedenfalls auch soll. Auf Anfrage des Deutschen Verkehrsbundes beim Arbeitgeberverband wurde die Urheberschaft der Notiz von dort aus zugegeben und erklärt, daß es für die Arbeitgeber eine Propaganda-Notiz sein solle. Hiernach muß erneut festgestellt werden, daß den Arbeitgebern kein Mittel zu schlecht ist, um für sich zum Nachteile der Arbeiterschaft Material zu schlagen. Der Verkehrsbund hat, um der Oeffentlichkeit dies zu zeigen, den bürgerlichen Zeitungen eine Berichtigung zugestellt; wir werden also bald sehen, ob sie diese genau so veröffentlichen werden, als es mit der Notiz des Arbeitgeberverbandes geschah. Im übrigen verweisen wir auf den in der Sache gestern veröffentlichten Artikel. Die Berufsangehörigen im Handels- und Transportgewerbe müssen genau darauf sehen, daß sie nicht übers Ohr gehauen werden. Alle etwa versuchten Durchbrechungen der Vereinbarung müssen von den Mitgliedern des Deutschen Verkehrsbundes sofort der örtlichen Leitung gemeldet werden. Im übrigen wird sich am Dienstag, den 15. Januar, abends 5/8 Uhr, eine im „Volkspark" stattfindende Mitgliederversammlung mit der ganzen Angelegenheit näher befassen.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Feuilleton und Lokales: Hermann Lange; für Gewerkschaftliches, Provinz und Sport: Gottlieb Kasparek; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401081-14/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der VSPD., Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Harz 43/44, Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1038. (Geschäftszeit daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung: die aller anderen Vereine zum jeweiligen Millimeterpreise zweispaltig abzüglich 30% Rabatt. Oeffentliche Versammlungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

Jungsozialisten. Heute abend 7 Uhr im Heim Sitzung der Bezirkskommission.

Merseburg. Dienstag, den 8. Januar, abends pünktl. 8 Uhr im „Tivoli" Fortsetzung der Versammlung über die Taktik innerhalb der Partei. Jedes Mitglied wird gebeten, mindestens einen Brikett mitzubringen. Zahlreicher Besuch wird erwartet. 4507

Delitzsch. Jungsozialisten. Dienstag, 8. Januar, 8/8 Uhr pünktl. Mädchenschule. Vortrag des Genoss. Dr. Bacher über Bodenreform. Gäste willkommen.

Brehna. Freitag, den 11. Januar, in der Wohnung des Genossen Eschke Mitglieder-Versammlung. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Volkspark

Sonnabend, den 12. Januar: Grosser Maskenball der vereinigten Kegel-Klubs.

Achtung!

Im neu geöffneten Geschäft

Triftstrasse 7

kaufen Sie sehr preiswert 4648

Kurz-, Weiss- und Wollwaren sowie Stoff-Reste für Anzüge und Kostüme.

Mansfelder Lande

Arbeitsamt Eisleben.

Petristraße 9. Fernsprecher 121.

Gewerbliche Abteilung a) Arbeitsuchende: Autoführer, Bohrmeister, Bauführer, Architekten, Bäcker, Fleischer, Buchbinder, Maler, Anstreicher, Firmenschreiber, Maurer, Schlosser, Installateure, Zimmerleute, Sattler, Schmiede, Glaser, Schneider, Berg-, Hütten-, Salinen-, Platz-, Tagebau- und Abraumarbeiter, Bauarbeiter, Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen b) Offene Stellen: Konditor u. Zuckerbäcker, Stellmacher (mögl. unverheir., nach auswärts).

Landwirtschaftliche Abtlg. a) Arbeitsuchende: Dampfpflugmaschinisten, Dreschmaschinisten, Gutshandwerker, Aufseher, Molmeister, Wächter, Gespannführer, Tagelöhner, Schäfer, Schweizer und Feldarbeiterinnen.

Weibliche Abtlg. a) Arbeitsuchende: Arbeiterinnen, Aufwartungen, Dienstmädchen, Frau für Ausbessern, Haustöchter, Kontorpersonal, Verkäuferinnen, Waschfrauen. b) Offene Stellen: Aufwartungen, Dienstmädchen (ältere, mit Kochkenntnissen), Gutsmamsell, Hausmädchen, Stallmädchen für das Land, Stütze (ältere, tüchtige), Wirtschafterinnen.

Der Mansfelder Knappschaftsverein hat mit Schreiben vom 31. Dezember 1923 mitgeteilt, daß er mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab freie ärztliche Behandlung, Arzneien und Krankenhausbehandlung für Familienangehörige sowie für Invaliden usw. nicht mehr gewährt. Es ist deshalb Aufgabe der Gemeinden, für entsprechende Hilfe Sorge zu tragen, sofern bei dem Hilfsbedürftigen Hilfsbedürftigkeit im Sinne des Unterstützungswohnsitzgesetzes vorliegt. Für in Eisleben wohnhafte bedürftige Angehörige von Knappschaftsmitgliedern wird das städtische Wohlfahrtsamt notfalls eintreten. Sofern in diesem oder jenem Falle Krankenhausbehandlung notwendig ist, so ist es ratsam, bei der zuständigen Gemeindeverwaltung unter Vorlegung der ärztlichen Bescheinigung, aus der ersichtlich sein muß, daß Krankenhausaufnahme notwendig ist, die Uebernahme der Kurkosten unter Hinweis auf auf § 28 des Unterstützungswohnsitzgesetzes zu beantragen und eine Bescheinigung über die Kostenübernahme durch die Gemeinde zu fordern. Das städtische Krankenhaus in Eisleben nimmt nur solche Personen auf, die entweder einen Kostenvorschuß, der die Kurkosten für mindestens 14 Tage deckt entrichten oder eine Kostenübernahmeerklärung einer Gemeinde, Krankenkasse, Berufsgenossenschaft umbeibringen. Andernfalls muß Zurückweisung der erkrankten Personen erfolgen.

Eisleben, den 4. Januar 1924.

Der Magistrat.

Telegramm!

a. t. lichtspiele riebeckplatz hallesaale

cirkuskind ungeheurer erfolg stopp besuch gleicht völkerwanderung stopp wegen platzmangel hunderte umkehren stopp jackie coogan feiert triumphe und eintrifft erst donnerstag stopp gratuliere zum besten film

filmkuenzel leipzig.

Drucksachen

jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Stadt-Theater.

Mittwoch, abends 7½ Uhr: Die lustigen Weiber.

Donnerstag, abends 7½ Uhr: Minna von Barnhelm

Volkspark

Burgstraße 27.

Das eigene Heim der Hallisch. Arbeiter

Leder-Ausschnitt Gummi-Absätze Bedarfsartikel

kauft man nur im Spezialgeschäft bei

Wilh. Kranig, Lederhlg.

Neue Promenade 15.

Bitterfeld

Nirgends kaufen Sie jetzt billiger und besser

Schuhwaren u. Konfektion

als bei

Richard Uhlig

Bitterfeld Burgstraße 1

Unter Bezugnahme auf die Verfügung des Herrn Reichsministers der Finanzen wird das

Papiermark-Notgeld

hiesigen Kreises zum 31. Januar 1924 zur Einlösung bei den unterzeichneten Kassen

aufgerufen.

Nach dem 31. Januar 1924 etwa noch vorgelegtes Notgeld wird nicht eingelöst. Das wertbeständige Kreisnotgeld bleibt von dem Aufruf unberührt.

Kreisspar- u. Girokasse Liebenwerda

Hauptkasse Liebenwerda

Zweigstellen Hohenleipisch und Plessa.

Ziehung unwiderruflich 18. u. 19. Januar

Wertbeständige Preuß. Staatslotterie

8000 Gewinne im Betrage von zusz.

450000 Dollar Goldanleihe

Hauptgewinne:

50000 $ Goldanleihe

30000 $ Goldanleihe

20000 $ Goldanleihe

10000 $ Goldanleihe

Preis für ½ Los 42 Rentenm., für ¼ Los 21 Rentenm., für ⅛ Los 8.40 Rentenm., für 1/10 Los 4,20 Rentenmark und Porto.

Zehn Zehntel-Lose sortiert aus verschiedenen Tausenden 42 Rentenmark.

Preuß. General-Lotterie-Direktion Berlin W 8, Markgrafenstr. 38.

Lose zu haben bei allen staatlichen Lotterie-Einnehmern

Bevor Sie Ihre Einkäufe machen!!

Bitte beachten Sie meine Qualität, prüfen Sie meine Preise, dann staunen Sie über meine Leistungsfähigkeit! Empfehle in bekannter Güte meine reinwollenen Strickgarne Jumper- u. Jackenwolle, reinwollene Strümpfe in allen Größen und Farben sowie mein reichhaltiges Lager in Wäsche und Trikotagen.

Max Schächter: Eisleben

Andreaskirchplatz 3—4 ::: Fernruf 631.

Engros-Verkauf: Nordhausen, Fernr. 1291.

Schaftstiefel

Schnürschuhe, Wachpostenschuhe, Filz- u. Lederpantoff., Kinderstiefel, Fausthandschuhe, Holzschuhe meist selbst anfertigen lassen, nur mit prima Zutat. empf. zu billigen Preisen

J. Sternlicht

4584 Alter Markt 11.

Voll-Heringe

Norweger Pfd. 26 Pf.

Deutsche Pfd. 40 Pf.

Holländer Pfd. 50 Pf.

Schotten Pfd. 50 Pf.

Karl Pfeiffer

Neumarkt-Fischhalle

Geiststrasse 33

Telephon 6658

Halt! Kleine Anzeigen

wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier Platz (ihrem Erfolg)

BREMEN

AMERIKA

OSTASIEN

AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen. Reisegepäck-Versicherung!

Nähere Auskunft durch

NORDDEUTSCHER LLOYD

BREMEN

und seine Vertretungen

In Halle a. S.: Lloyd-Reisebureau L. Schönlicht, Poststraße (Stadt Hamburg)

Kein Ausverkauf, keine Räumung!

und doch billige Preise bei

Max Schächter

Eisleben,

Andreaskirchpl. 3/4.

Ausschneiden! Aufbewahren!

Homöopathie!

Heilung und Feststellung der Krankheiten auf Grund einwandfr. mod. Diagnosen (Gefrierungsmethoden). Sprechzeit 9 bis 11, u. 2½ bis 6½ ev außer Hause.

C. V. Ziegler, Eisleben, Nußbreite 49, I.

Amtliche Bekanntmachungen

Vergebung

der **Klempner- und Dachdeckerarbeiten** für die **Wohnungsneubauten** an der Weißes-, Roßbach- und Artilleriestraße am 14. Januar 1924, vormittags 10 Uhr, im Städt. Hochbauamt, Rathausstr. 6 II, Zimmer 106. Verdingungsunterlagen im Zimmer 125 von 9—12 Uhr für 2 Goldmark das Stück erhältlich.

Halle, den 2. Januar 1924.

Städtisches Hochbauamt.

Eisleben

Die Steuerrolle über die staatliche Steuer vom Grundvermögen liegt vom 7. bis einschließlich 14. Januar in der Stadtsteuerkasse zur Einsicht aus. Die zu zahlende Steuer für November und Dezember 1923 ist in der Zeit vom 7. bis 15. Januar, vormittags zwischen 8—12 Uhr in der Kasse zu entrichten. Erfolgt die Zahlung innerhalb die Frist, so kann der Betrag für November vorigen Jahres noch nach dem Umrechnungskurs vom 15. November 1923 (300 Milliarden Papiermark für eine Goldmark) und der Betrag für Dezember 1923 nach dem Satze vom 15. Dezember (1 Billion = 1 Goldmark) erfolgen. Nach Ablauf der Zahlungsfrist ist für beide Monate der Geldumrechnungssatz des Zahlungstages maßgebend. Die Steuer für bebaute Grundstücke, die ganz oder teilweise vermietet sind, kann in der üblichen Weise umgelegt werden. Ueber die zu zahlenden Monatsbeträge gehen dem Pflichtigen in den nächsten Tagen besondere Nachrichten zu. Diese Nachrichten sind bei der Zahlung in der Kasse vorzulegen. Vom 1. Januar 1924 treten zu dem staatlichen Satze noch 200 v. H. städtische Zuschläge. Die Steuer für Januar ist bestimmungsgemäß bis 15. Januar fällig. Sie kann bis zum Schlusse des Kalendervierteljahres im voraus entrichtet werden.

Eisleben, den 2. Januar 1924.

Der Magistrat.

Eisleben

Zigarren Zigaretten und alle Arten **Tabake** empfiehlt

Zeitschriften und andere **Literatur** liefert und Bestellungen auf die **Mansf. Volkszeitung** nimmt an

W. Christange,

Volksbuchhandlung, nur Grabenstr. 50.

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe.

Bezahlt wurden am Montag, dem 7. Januar 1924.

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht 1. höchster Preis	2. niedrigster Preis	3. häufigster Preis	Gefriert. Fleisch
	In Goldmark			
Ochsen	85	50	80	45—50
Bullen	80	65	70	
Kühe	85	50	80	
Jungrinder	—	—	—	
Mastkälber	—	—	—	
Saugkälber	100	90	100	
Hämmel und				
Mastlämmer	90	90	90	50
Schafe	85	60	80	
Schweine einschließl.				
Mittel u. Geschlinge	100	85	100	80—90

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240108 1-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 8. Januar 1924.

Die Wirkungen der neuen Lohnsteuer.

In Nummer 2 des „Volksblatt" beleuchteten wir die theoretische Seite des neuen Steuerabzugs vom Arbeitslohn. Heute sei es uns vergönnt, mit einigen Zahlen die rigorose Art der neuen Steuer zu belegen. Schon seit altersher wird als oberster Grundsatz für jede direkte Steuer gefordert, daß sie den wirtschaftlichen Verhältnissen der Steuerpflichtigen angepaßt sei. Dieser Grundsatz war vor dem Kriege schon in Preußen nicht genügend berücksichtigt, da für jedes Kind nur 150 Mk. pro Jahr steuerfrei waren. Aber immerhin war die Gesamtsumme der Steuer nicht so drückend wie heute. In Frankreich, das vor dem Kriege stets in großer Angst vor einem kriegerischen Einbruch der Deutschen lebte, war man bestrebt, um die Lust an Vaterwerden zu heben, die Zahl der Kinder mit reichlicher Steuerfreiheit zu belohnen und für kinderreiche Väter besondere Prämien auszuwerfen. Im neuen Deutschland scheint man aber anderen Grundsätzen zu huldigen. Nehmen wir zum Vergleich zwei Fälle an: einen mit 18 Mk. Wochenlohn, und einen mit 27 Mk Wochenlohn. Es zahlt der ledige Arbeiter mit 18 Mk. pro Woche 60 Pf., der verheiratete 54 Pf., der mit fünf Kindern 24 Pf. Steuer; somit hat der Vater von fünf Kindern einen Nachlaß von ganzen 36 Pf. für seine starke Familie. Bei 27 Mk. Lohn zahlt der Ledige 1,50 Mk., der Verheiratete 1,35 Mk. und der mit fünf Kindern 60 Pf. pro Woche. Die Spanne zwischen dem ledigen und dem kinderreichen Familienvater beträgt also 90 Pf. pro Woche oder für jeden Kopf der Familie 15 Pf. Ob sich die Väter dieser Steuer nicht selbst wundern, eine derartige Steuer geschaffen zu haben, die auch nicht das mindeste mit sozialem Empfinden zu tun hat? Angesichts solch lächerlich geringfügiger Ermäßigungen wäre es doch unzweideutiger und übersichtlicher gewesen, lieber gleich ganz auf jede Befreiung für Familienmitglieder zu verzichten.

In der zweiten Dezemberwoche letzten Jahres lagen die Dinge noch wesentlich günstiger. Da zahlte bei dem Lohn von 18 Billionen = 18 Goldmark der Ledige 42 Pf. pro Woche, der Verheiratete 28 Pf. und der Familienvater war bereits bei einem Kinde steuerfrei. Bei 27 Billionen = 27 Goldmark zahlte der Ledige 1,35, der Verheiratete 1,18 Mk. und bei zwei Kindern war man wiederum steuerfrei.

Goldmarkbilanzen und Gemeindebetriebe.

Das Gesetz über die Goldmarkbilanzen bezieht sich auf Privatfirmen. Aber seine Vorschriften lassen sich weitgehend auch auf die öffentlichen Unternehmungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden anwenden. Besonders die Kommunen haben bezüglich ihrer werbenden Anlagen, wie Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw., die nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu führen sind, alle Veranlassung, sich mit dem Inhalt dieses Gesetzes näher zu befassen. Man kann den Gemeinden sogar dringend empfehlen, für ihre Betriebe ebenfalls Goldmarkbilanzen aufzustellen. Dabei braucht wohl nicht betont zu werden, daß es für einen sozialdemokratischen Stadtverordneten erste Pflicht ist, das Prinzip der Bilanzwahrheit unter allen Umständen hochzuhalten. Die Buchführung ihrer gewerblichen Unternehmungen war niemals die starke Seite der städtischen Verwaltung, wofür die kameralistische Form und die Bindung an den Etat teils die Ursache, teils der Vorwand waren. Die Aufstellung der Eröffnungsbilanz gibt Gelegenheit, dort, wo es noch nicht geschehen ist, zugleich eine Buchführung nach kaufmännischen Grundsätzen einzurichten. Eine technisch und wirtschaftlich zweckmäßig aufgebaute, zuverlässig geführte Buchhaltung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den geschäftlichen Erfolg jedes gewerblichen Betriebes.

Die Neuaufstellung von Goldmarkbilanzen würde den Gemeinden auch eine Grundlage bieten, um mit der Ansammlung ordnungsmäßiger Erneuerungsfonds wieder zu beginnen. Seit Anfang des Krieges hatten die meisten deutschen Städte aufgehört, den Erneuerungsfonds ihrer Werke weitere Mittel zuzuführen. Die gegenwärtige, außerordentlich starke Kreditnot, in der die meisten Kommunen sich befinden, ist zu einem großen Teil durch diese jahrelangen Unterlassungssünden verschuldet. Hätte man die Lebensnotwendigkeiten der Werke nicht mißachtet und die erforderlichen Mittel für ihre Erneuerung und Erweiterung rechtzeitig bereitgestellt, so wären die benötigten Gelder jetzt vorhanden. Statt dessen sind die Städte gezwungen, Anleihen zu den augenblicklichen unglünstigen Zins- und Tilgungsbedingungen aufzunehmen, wenn sie nicht auf die Fortbildung ihrer werdenden Anlagen überhaupt verzichten wollen. Wie in Zukunft der Anleihemarkt in Deutschland beschaffen sein wird, läßt sich schwer voraussagen. Wahrscheinlich wird der Kapitalmangel, der die Quelle aller Schwierigkeiten ist, sobald nicht behoben sein. Deshalb müssen die kommunalen Werke selbst für die Bildung derjenigen Kapitalien sorgen, die sie für ihre eigene Erneuerung und Erweiterung gebrauchen. Dies ist aber nur durch eine umsichtige, konsequent durchgeführte Rücklagepolitik möglich.

Die städtischen Werke erwidern.

Die Leitung der städtischen Werke schreibt uns: In Nr. 4 des „Volksblatt" wird den städtischen Werken in dem Artikel: „Angedrohte Sperrung von Gas und Strom" Aussichtslosigkeit gegenüber seinen Abnehmern vorgeworfen. Darauf sei folgendes erwidert: Genau wie jedes Privatunternehmen haben auch die städtischen Werke die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden. Es hat sich darum jeder Abnehmer zur vertragsmäßigen Zahlung verpflichtet. Bei der im Oktober und November einsetzenden Geldentwertung mußten die Werke, wenn sie betriebsfähig bleiben wollen, auf den sofortigen Eingang der Zahlung dringen. Den größten Teil der Ausgaben verursachen Kohle und sonstiger Betriebsstoff. Sie mußten auch von den Werken wertbeständig bezahlt werden. Der Magistrat hat darum dem Antrage der Verwaltungen auf kurzfristige Zahlungen zugestimmt. Es mußte nun darauf gesehen werden, daß die Zahlungsbedingungen, so rücksichtslos sie auch erscheinen mögen, eingehalten werden, wenn nicht ein großer Schaden für die Werke entstehen sollte. Zuschüsse aus der Kämmereikasse müssen dann von der Allgemeinheit getragen werden. Härten und Unbequemlichkeiten sind bei derartigen Notmaßregeln unvermeidlich.

Wie der in jenem Artikel erwähnte Fall liegt, kann durch das Werk heute nicht erörtert werden. Darüber werden die veranlaßten Instanzen Wesentlich ablegen. Fest steht aber, daß die durch die Presse damals angekündigte große Zahlungsverweigerung oder Unmöglichkeit zur Zahlung überhaupt nicht eingetreten ist. Nur am Oktober wollten oder konnten 10 Proz. der Abnehmer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Weiter steht aber fest, daß die Werkskasse gegen diejenigen, denen es nicht möglich war, rechtzeitig zu zahlen (wie Kriegerhinterbliebene, Kriegsbeschädigte, Sozial- und Kleinrentner usw.) nicht rücksichtslos vorgegangen ist. Noch jetzt werden nach Prüfung der Zahlungsunmöglichkeit Zahlungen ohne Aufwertung entgegengenommen. Bei allen denen aber, die nicht zahlen wollten, trotzdem die Prüfung ergab, daß die Möglichkeit vorlag, konnte nur mit den nach der Reichsverordnung gegebenen und den vertragsmäßigen Mitteln verfahren werden. Absperrungen sind nur in ganz vereinzelten Fällen, jedenfalls nicht mehr als im normalen Verkehr vorgekommen. Hierbei darf zum wiederholten Male auf die Benutzung der Gutscheine hingewiesen werden. Dabei wären beide Teile, Lieferant und Verbraucher, vor Entwertung geschützt.

„Kriegswirtschaft bei der Post."

Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 ersucht die Oberpostdirektion um Aufnahme folgender Berichtigung zu dem Aufsatz „Kriegswirtschaft bei der Post" im zweiten Blatt der Nr. 303 vom 29. Dezember 1923:

„Zur Durchführung der Personalabbauverordnung hat die Oberpostdirektion, um rechtzeitig die vom Reichspostministerium angeordneten Maßnahmen herbeizuführen, neben der Versetzung zahlreicher Beamter in den dauernden und einstweiligen Ruhestand sämtlichen Hilfskräften ihr Dienstverhältnis gekündigt. Dabei hat es sich leider nicht umgehen lassen, auch den unter den Hilfskräften befindlichen Kriegsbeschädigten den Dienst aufzukündigen. Gleichzeitig ist die Hauptfürsorgestelle für Schwerbeschädigte bei jeder Kündigung eines solchen um ihre Zustimmung zur Kündigung ersucht worden. Die dortige Annahme, daß die Kündigung von Schwerbeschädigten erst nach erfolgter Zustimmung der Hauptfürsorgestelle zulässig sei, ist nicht zutreffend; nach § 18 des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen vom 22. Dezember 1922 (RGBl. S. 982) läuft die Kündigungsfrist von dem Tage der Absendung des Antrags an die Hauptfürsorgestelle; die Zustimmung zur Kündigung braucht also vor Ausspruch der Kündigung nicht vorzuliegen. Unter den insgesamt in Halle gekündigten 110 Hilfskräften und Telegraphenarbeitern befinden sich 33 Schwerbeschädigte, deren endgültige Entlassung übrigens noch nicht feststeht, sondern von dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Hauptfürsorgestelle abhängig ist.

Die Aufhebung der Paketzustellung in Halle hängt mit dem Personalabbau überhaupt nicht zusammen; sie ist, wie der Schriftleitung mit besonderem Schreiben vom 28. Dezember 1923 III mitgeteilt ist, lediglich darauf zurückzuführen, daß der Reichspostverwaltung infolge der überaus mißlichen Wirtschaftslage des Reichs nur geringfügige Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt worden sind."

•

Die Oberpostdirektion bestreitet also die Richtigkeit eines sehr wesentlichen Teils unserer Veröffentlichung nicht; z. B., daß die Mehrzahl der abgebauten Kriegsverletzten Schwerbeschädigte sind und daß die einschneidenden Maßnahmen am Weihnachtsheiligabend vorgenommen wurden. Wenn die Oberpostdirektion die Aufhebung der Paketzustellung in Halle mit der Geringfügigkeit der Haushaltsmittel begründet, so führt sie ja den Grund an, aus dem auch der Personalabbau erfolgte. Der Personalabbau und die verfügte Paketabholung stehen also mindestens in einem mittelbaren Zusammenhang.

Auf zu den Ortsbezirksversammlungen!

Am Donnerstag, dem 10. Januar, abends 8 Uhr, finden Ortsbezirksversammlungen in folgenden Lokalen statt: Ortsbezirk 1: „Volkspark"; Ortsbezirk 2: „Sport-Restaurant", Goethestraße 25; Ortsbezirk 3: Gewerkschaftshaus; Ortsbezirk 4: Pätzold, Charlottenstr. 19; Ortsbezirk 5 und 6: Anders, Alter Markt 33; Ortsbezirk 7: Leuchte, Wörmlitzer Straße 97; Ortsbezirk 8: wie im letzten Monat.

Da in allen Versammlungen sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig. Trotzdem Zwang besteht nicht. Der Vorstand.

Frauengruppe.

Der ankündigte Unterhaltungsabend am Mittwoch, dem 9. Januar, abends 7½ Uhr, findet bei Streicher, Oleariusstraße, nicht in „Stadt Dresden" statt.

Arbeit der Feuerwehr.

Gestern vormittag wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Thomasiusstraße 5 gerufen, wo durch einen undichten Schornstein im Erdgeschoß die Balkenlage und Dielung in Brand geraten war. Um an den Brandherd zu gelangen, mußte ein Ofen vollständig abgetragen werden. Das Feuer konnte sodann mittels Handfeuerlöscher unterdrückt werden. Nach einstündiger Tätigkeit war jede Gefahr beseitigt. — Heute morgen gegen 7 Uhr wurde ein Kommando der Feuerwehr nach dem Grundstück Kurallee 8 gerufen, wo beim Auftauen einer Heizungsleitung die Dachschalung eines Anbaues in Brand geraten war. Infolge der rechtzeitigen Entdeckung des Feuers konnte es noch im Entstehen unterdrückt werden.

Das neue Gesprächsthema.

Bisher gab es auch beim rebelgrauen Mitteldeutschen fast nur ein Gesprächsthema, die Teuerung, und im Anschluß daran die Steuern. Jetzt hat sich glücklicherweise ein neues gefunden: Das Wetter. In jedem Menschen steckt ein Stück Wetterprophet, nur hält der eine seine Weisheit mehr zurück als der andere; alle sind aber begierig, einen Blick in die Zukunft zu tun. Da prudelt es denn los von bärtigen und bartlosen Lippen; jeder weiß eine unfehlbare Wetterprognose. Am beliebtesten ist der Hinweis auf den Mond und dessen Einfluß: „Bei dem Vollmond ist stets kaltes Wetter" — dabei verwechseln die Leute Ursache und Wirkung: Weil es kalt und klar ist, ist der Mond gut zu sehen. In Wirklichkeit hat der Mond mit der Wettergestaltung nichts zu tun. Beliebt sind auch die Anzeichen die der im Körper des Betreffenden unverpufende Rheumatismus an die Hand gibt. Das ließe sich schon eher hören, wenn man nur wüßte, in welchem Sinne sich das Wetter ändern wird. Die Wettervorhersage ist leider noch ein sehr schwieriges Gebiet, auf dem sich einzelne so sicher durch mühevolle und umfassende Untersuchungen ein Urteil wohl kaum erlauben können, das aber dem Laien doch ein Buch mit sieben Siegeln ist. Trotzdem muß es freudig begrüßt werden, daß ein neues Gesprächsthema gefunden ist, und zwar liegt das daran, daß es schließlich nicht gerade erfreulich war, immer die Schmalz- und Fleischpreise erörtert zu hören, wenigstens nicht für diejenigen, die zurzeit auf solche „Genüsse" zu verzichten sich genötigt sehen. Und deren sind mehr, als man gemeiniglich glaubt.

Sparsamkeit in der Verwaltung.

Eine allgemeine Verfügung des preußischen Justizministers.

Die überaus ernste Finanzlage des Reiches und der Länder, die auch zu schwerwiegenden Eingriffen in die bestehende Gerichtsverfassung und das gerichtliche Verfahren genötigt hat, erheischt auf sämtlichen Gebieten der Rechtspflege und der Justizverwaltung bis zu einer Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse die unbedingte Herabminderung aller Ausgaben. Die der Justizverwaltung für die Zeit bis Ende März 1924 noch zur Verfügung stehenden Mittel sind so knapp bemessen, daß sie selbst zur Deckung solcher Ausgaben nicht zureichen werden, die unter gewöhnlichen Verhältnissen noch als unbedingt erforderlich angesehen worden wären. In einer allgemeinen Verfügung macht es deshalb, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, der Justizminister allen Behörden und Beamten zur Pflicht, darauf zu achten, daß durch eine Maßnahmen nicht Ausgaben veranlaßt werden, die zur Aufrechterhaltung der Rechtspflege und der Justizverwaltung für die allernächste Zeit nicht unabweislich geboten sind. In diesem Zusammenhange werden genannt alle Neuanschaffungen, Ausbesserungsarbeiten usw., Dienstreisen und Versetzungen und eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiete der Strafanstaltsverwaltung.

---

* **Das preußische Notgeld als Zahlungsmittel.** Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt: Verschiedene Anfragen geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß wie die andern Reichsbehörden auch die Reichspostverwaltung das weiterhin gültige Notgeld des Freistaates Preußen grundsätzlich in Zahlung nimmt. Nur soweit Einzahlung in Rentenmark ausdrücklich vorgeschrieben ist, also im Postscheckverkehr und Rentenmarkpostanweisungsverkehr, wird das Notgeld nicht angenommen. Zur Erleichterung des allgemeinen Zahlungsverkehrs sind jedoch alle staatlichen Kassen angewiesen, soweit dies die Geldbestände gestatten, jedem Ansuchenden auf Wunsch das preußische Notgeld in Rentenmark oder Papiermark umzutauschen.

* **Fortfall der Vorschußzahlungen auf die Erwerbslosenunterstützungen.** Nachdem durch Einführung der Rentenmark und Senkung der Lebensmittelpreise der Geldentwertung Einhalt getan worden ist, fallen die Voraussetzungen für die wöchentlichen Vorschußzahlungen auf die Erwerbslosenunterstützungen fort. Unter Aufhebung seines früheren Erlasses ordnet daher, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, der Wohlfahrtsminister in einem neuen Erlaß an, daß die Erwerbslosenunterstützungen wie früher nur noch einmal wöchentlich gezahlt werden. Die Zahlungen sind auf das Wochenende zu verlegen, am besten auf Sonnabend, jedoch nicht auf einmal, sondern in Abschnitten, um Stockungen zu vermeiden.

* **Gestohlenes Gut.** Bei der Kriminalpolizei befinden sich ein älteres Fahrrad mit Freilauf, nachlackiert, ohne Marken- und Fabriknummerzeichen, sowie einige elektrische Klingeln in Verwahrung. Die Sachen rühren von Diebstählen her. Die unbekannten Eigentümer werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 67, zu melden, wo die Sachen zur Ansicht ausliegen. — Anfang November sind in Nietleben 6 weiße, fast neue Herrenoberhemden, z. T. gezeichnet L. B. mit feinem Piqueeinsatz gefunden worden, die aus einem Diebstahl herrühren dürften. Der unbekannte Eigentümer kann die Hemden bei der Kriminalpolizei, Zimmer 67, in Empfang nehmen.

* **Verkehrsstörung.** Am 7. Januar vormittags riß bei einem Lastkraftwagen in der Gr. Steinstraße die Antriebskette, so daß er betriebsunfähig wurde. Dadurch wurde der geregelte Straßenbahnverkehr auf eine halbe Stunde unterbrochen. Er wurde durch Umsteigen weitergeführt.

* **Wem gehören die Geldscheintaschen?** Anfang Dezember 1923 sind auf der Toilette eines Kaufhauses in der Gr. Ulrichstraße mehrere geleerte Geldscheintaschen (eine enthält eine Nickelbrille im Futteral des Optikers Gödede, Poststraße 9/10), gefunden worden; ferner ein schwarzer Pompadour mit Fransen. Die Gegenstände rühren zweifellos aus Taschendiebstählen her. Geschädigte werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Dreihauptstraße 4, Zimmer 87 oder 38, zu melden. Dort liegen auch die Gegenstände zur Ansicht aus.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, 7½ Uhr geht zum letzten Male Shobodas Lustspiel „Am Teetisch" in Szene. Mittwoch: „Die lustigen Weiber von Windsor". Donnerstag: „Minna von Barnhelm". Freitag (in neuer Einstudierung): „Die toten Augen" von Eugen d'Albert. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Petz-Andree, Böhmer, Böder, Michaelis und die Herren Herzmann, Berghof, Müller-Raben, Abeck. Szenische Leitung: Hans Siegle; musikalische Leitung: Fritz Volkmann. Sonnabend: „Flachsmann als Erzieher". Sonntag nachmittag 3 Uhr kommt das Weihnachtsmärchen „Der Froschkönig" noch einmal zur Wiederholung. Am Abend: „Tote Augen". Montag: „Minna von Barnhelm".

Gardinen
VERTRIEB VON ERZEUGNISSEN SÄCHS. GARDINEN-FABRIKEN
Halle a. d. S. GEORG METHNER & CO. Am Leipziger Turm
15% Rabatt auf alle Einkäufe während der Zeit der Inventur-Ausverkäufe vom 9.–16. Januar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401081-14/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Vereinigte Sozialdemokr. Partei Deutschlands
Bezirksverband Halle
Fernsprecher 1029 Hans 41/44 · Postscheckk.: Leipzig 87575

An die Unterbezirke und Ortsvereine!

Auf Anordnung des Postscheckamts dürfen **Einzahlungen auf das Postscheckkonto** nur noch in Rentenmark vorgenommen werden. Einzahlungen auf das Postscheckkonto in Papiermark werden von der Post nicht mehr angenommen. **Die Zahlkarten, Ueberweisungen und Schecks müssen auf Rentenmark lauten,** ebenso muß der Betrag in Rentenmark-Scheinen eingezahlt werden.

Wir bitten die Unterbezirke und Ortsvereine, diese Aenderung genau zu beachten und Einzahlungen auf unser Postscheckkonto nur noch in Rentenmark zu leisten. Jeder Kassierer hat ja auch jetzt die Möglichkeit, die Papiermarkbeträge in Rentenmark umzutauschen, so daß er bei der Einzahlung des Geldes bei der Post keine Schwierigkeiten hat.

Außerdem bitten wir zu beachten, daß die Anschrift bei Einzahlungen auf unser Postscheckkonto lauten muß:

Vereinigte Sozialdemokratische Partei, Bezirksverband Halle (Saale), Nr. 87575.

Zahlkarten mit dem Aufdrucke: Sozialdemokratischer Bezirksverband Halle (Saale), dürfen nicht mehr verwandt werden. **Die Bezirksleitung.**

Unterbezirkskonferenz Sangerhausen-Eckartsberga.

Die Unterbezirkskonferenz für die Kreise Sangerhausen und Eckartsberga, die am Sonntag, den 6. Januar, in Sangerhausen tagte, bildete den Auftakt zu den Unterbezirkskonferenzen, die in den nächsten Wochen im Bezirk Halle-Merseburg stattfinden werden. Die Beschickung der Konferenz durch die Ortsvereine ließ infolge der schwierigen Verkehrsverhältnisse leider zu wünschen übrig; um so mehr Interesse hatte man der Konferenz von Halle aus entgegengebracht. Die Sangerhäuser Genossen fühlten sich außerordentlich geschmeichelt durch den zahlreichen Besuch der Hallenschen Gäste, die sie zum Teil schon am Sonnabend in den Mauern ihres Städtchens begrüßen konnten.

Die Konferenz beschäftigte sich mit der **politischen Lage und der Taktik der Partei.** Zu diesem Thema wurde ein Referat des Genossen Peters (Halle) und ein Korreferat des Genossen Schulz (Halle) entgegengenommen. An die beiden Referate, die in erschöpfender Weise das Für und Wider der Opposition und Fraktionsmehrheit behandelten, schloß sich eine **lebhafte Aussprache,** die in außerordentlich sachlicher Weise geführt wurde. An der Debatte beteiligten sich abwechselnd ein Vertreter der Opposition und ein Befürworter der Mehrheitspolitik. Zu Worte kamen die Genossen **Kasparek, Waentig, Waldmann, Drescher, Brüll, Gründlich, Garlepp und Scharfstädt.** Von der Annahme einer Resolution wurde nach Entgegennahme der Schlußworte Abstand genommen.

Eine lebhafte Auseinandersetzung gab es noch vor der **Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag.** Nach einstimmiger Ablehnung eines Antrages Schulz-Halle, die beiden Delegierten aus der Mitte der Anwesenden unter Berücksichtigung der beiden Richtungen zu wählen, wurde mit großer Mehrheit beschlossen, für den Kreis Sangerhausen den Genossen **Hoff-Sangerhausen** zu entsenden. Da der Kreis Eckartsberga, wahrscheinlich durch Verkehrsschwierigkeiten verhindert, nicht vertreten war, wurde beschlossen, der Ortsverein **Göllebа** möge aus seiner Mitte einen Delegierten zum Bezirksparteitag entsenden.

Da die Zeit schon weit vorgeschritten war und die auswärtigen Genossen zum Aufbruch rüsteten, mußte zum Schluß der Konferenz geschritten werden. Genosse Brüll schloß die Konferenz mit einem Hinweis auf den guten Verlauf derselben und knüpfte die Hoffnung daran, daß sie dazu beigetragen haben möge, die Parteiorganisation im Unterbezirk mit neuem Leben zu beseelen. R.

Merseburg. Jugend in Gefahr! Von den Elternbeiräten wird uns geschrieben: Trotz aller Einwände, die bei den verschiedensten Behörden in den letzten Tagen gemacht wurden, ist es nie oder selten gelungen, eine Abänderung der Beamtenschaulverordnung zu erreichen. Das kann und darf sich die gesamte Elternschaft nicht bieten lassen, es muß eine Welle des Protestes über das ganze Land brausen, um unsere Jugend, unsere Hoffnung und Zukunft zu schützen, um alle im Dunkeln schlummernden Kräfte zu wecken und sie restlos dem Gemeinwohl zuzuführen. Vom gesundheitlichen Standpunkt ganz zu schweigen, denn es ist kaum auszudenken, welche Auswirkung auf unsere unterernährten Kinder ein überfülltes, stickiges Klassenzimmer ausüben muß. Darum müssen alle Eltern, ja alle Einwohner einen flammenden Protest gegen den Abbau einlegen, muß alles in der am Donnerstag, den 10. Januar, in der Wilhelmschule (Altenburger), abends 8 Uhr, festgesetzten Versammlung erscheinen.

Merseburg. Die „Arbeiterfreundlichkeit" des „Korrespondenten" wird in nachstehender Zuschrift, die uns von einem Gewerkschaftler zugeht, treffend illustriert: Der an seinen Spießermanieren rühmlichst bekannte „Merseburger Korrespondent" scheint seine Scheherin auf überstanden zu haben und bringt nun für einen Teil des guten Verdienstes eine wöchentliche Bilderbeilage. Gleich in der ersten Nummer gibt man die Richtung an, in welcher jetzt gegen die Arbeiterschaft, welche leider noch einen erheblichen Teil der Leser jenes Spießerblattes stellen, der Kurs geleitet werden soll, nur bei den finanzkräftigen Gönnern nicht in Mißkunst zu geraten. Ein Bild zeigt den Friedhof von 1923, dabei Inschriften auf den Grabsteinen, die direkt einen Faustschlag ins Gesicht der Arbeiterschaft bedeuten. Eine Verhöhnung schlimmster Art der Ziele der Arbeiterschaft wird hier getrieben. So lautet eine Inschrift: „Hier ruht der Achtstundentag! Er vergiftete sich durch Unterproduktion!" Gut gebrüllt, werden die Ausbeuter dem Verleger zugerufen und ihm dementsprechend den Neujahrswunsch für diese Bestung in klingender Münze bezahlt haben. Was brauchen „Leute mit erstklassigem Ruf in der Volkswirtschaft" (nach eigner Anpreisung) zu wissen von Produktionssabotage infolge Steuerdrückebergerei und dergleichen Dingen! die heute fast jedes aufmerksame Kind schon weiß. Die Brillengläser des Verlegers scheinen ziemlich undurchsichtig zu sein und so wollen wir nicht hoffen, daß bei der Revue 1924 auf dem Grabstein die Inschrift zu finden ist: Hier ruht der Verleger des „Korrespondent", gestorben an Ueberstudien volkswirtschaftlicher Begriffe, welche Bestürzung in 15stündiger Arbeitszeit, trotz der leichtesten Darstellung nicht begreifen konnte." Einige weitere Inschriften besagen so, unter anderen: „Hier ruht der Zimmel von 1918!" Hoffentlich hat bei dem Entwurf der Inschrift nicht das Bild der bürgerlichen Parteien vom November 1918 vorgeschwebt, wo alles plötzlich republikanisch bis auf die Knochen wurde. Bei der Inschrift: „Hier ruhen 100 schöne sozialistische Ideen, hat der Maler gewiß im Auftrage des Verlegers dieser die Geschichte der Demokraten Merseburgs gelesen. Abgesehen von einigen Oberflächlichkeiten stellt das Bild eine starke Verhöhnung der Arbeiter dar und so ist wohl auch zu verstehen, daß jetzt die Arbeiter die Lehre aus der Verhöhnung ziehen und dem Zeichner zum nächsten Jahresbild die Unterlage zur folgenden Inschrift geben: Hier ruht der „Merseburger Korrespondent!" Gestorben in vielen Arbeiterfamilien infolge seiner Schwindelmanieren." Wie wir inzwischen festgestellt haben, betrachten auch andere bürgerliche Zeitungsbezieger unseres Bezirks diese wundersame „Unterhaltungsbeilage" als wirksames Zugmittel zur Werbung neuer Leser. Hoffentlich stellen unsere Genossen diese Tatsache bei der Agitation für ihr Blatt in den Kreis ihrer Betrachtungen. (Redaktion „Volksblatt".)

Merseburg. Eine Schlittenfahrt, die leider ein sehr tragisches Ende nehmen konnte, unternahmen am Sonntag mehrere Merseburger Rohrbodenhändler. Nachdem man während der Schlittenfahrt gehörig „eingeheizt" hatte, ging es im Zweispännerlustschlitten auf den Gotthardteich, der um diese Zeit sehr stark mit Schlittschuhläufern belebt war. Ohne Rücksicht auf die Sportler zu nehmen, wurde auf dem Gotthardteich herumgerast, bis man schließlich beim Verlassen des Teiches auf eine vor kurzer Zeit abgegrifte und demzufolge noch nicht wieder tragfähige Stelle kam. Der Schlitten mit Mann und Pferden brach ein und versank im Wasser. Eine Anzahl Kinder und die Insassen konnten sich aus dem kalten Bad retten. Hilfsbereite Passanten und ein Schupoaufgebot mußten die armen Pferde, die für den Uebermut ihrer Besitzer nach erfrischter Fahrt im eiskalten Wasser stehen mußten, aus dem Teiche ziehen. Nur der Umsicht der Schupobeamten ist es zu danken, daß ein Massenunglück verhütet wurde, denn das wäre geschehen, wenn die Hunderte von Menschen, die nach der Einbruchstelle strömten, nicht zurückgehalten werden konnten. Der Zuschauer hatte sich eine starke Erregung bemächtigt; es waren nicht gerade Schmeichleien, die die Uebermütigen zu hören bekamen.

Merseburg. Der Gotthardteich ist zugefroren und tragfähig. Ein reges Leben hat sich in den letzten Tagen auf ihm entwickelt. Bei elektrischer Beleuchtung nach eintretender Dunkelheit kann dem Sport bis in die späten Abendstunden gehuldigt werden. Auch ein Wintersportverein, der am Sonntag seine Tätigkeit aufgenommen hat, hat sich gebildet. Doch alles ist mit Geldkosten verknüpft und viele mittellose Sportler gibt es, die sich auf dem Teiche tummeln möchten. Könnte daher auch in diesem Jahre, ebenso wie vor einigen Jahren, nicht eine Bahn für solche zur Verfügung gestellt werden, ohne daß Eintritt gezahlt wird? Wenn es noch nicht geschehen sein sollte, dann schnell, ehe wieder gegondelt wird.

Merseburg. Was war der Grund? In lakonischer Kürze meldet der „Korrespondent", daß der Invalide E., der an jahrelanger Kriegsheit litt und die letzten Wochen an das Bett gefesselt war, seinem Leben ein Ende gesetzt hat. Anwohner haben ihn in der Stube erhängt vorgefunden. — In der Tat. Weil sie es nicht mitnehmen konnten, zerschlugen Diebe alle Sachen, die nicht mieb- und niagelfest waren, in dem Stellwert der Lenna-Globitzer Kohlenbahn. In dieses Stellwert ist bereits das dritte mal eingebrochen worden.

Bayitz. Ein „Kommunist" als Schützer großkapitalistischer Interessen. Die erste Gemeindevertretersitzung im neuen Jahre war auf einen Dringlichkeitsantrag des Kommunisten Schulze mit der Tagesordnung „Stellungnahme zur Gewerbesteuer" zusammenberufen worden. Schulze, angeblich überzeugter Kommunist, tatsächlich aber seit Jahresfrist beteiligt an einem Bauunternehmen auf kapitalistischer Grundlage, hat als Gemeindevertreter nur noch die eine Aufgabe: Mittel und Wege zu finden, die ihn von der Zahlung seiner Gewerbesteuer an die Gemeinde frei machen. Obwohl für ihn die Interessen der Gemeinde im Vordergrund stehen müßten, fühlt er sich als gut kalkulierender Geschäftsmann und Unternehmer weiterhin verpflichtet, sich für die Herabsetzung der Gewerbesteuer der Rauchwarenzuchtgerät Karakul einzusetzen, weil er an dem weiteren Ausbau dieses Betriebs noch viel Geld verdienen will. Karakul ist ein von einem großen Leipziger internationalen Kapitalisten finanziertes Unternehmen. Wahrlich ein Meisterstück kommunistischer Kommunal- und Steuerpolitik. Der Kommunist stellt sich schützend vor den Kapitalisten. Dieses Motiv, welches der Bitte sich entspricht und einmal Wahrheit, nicht Dichtung wäre, diene den Kommunisten in unserem Bezirk als erstes Wahlplakat für die Gemeindewahlen. Schulze sprach als Antragsteller zu seinem Antrage, und zwar in eigener Sache, so daß der Gemeindevorsteher zunächst feststellen mußte, daß in der Formulierung des Antrages eine Täuschung der Oeffentlichkeit liege, der Antrag vielmehr „Stellungnahme zur Gewerbesteuer des Bauunternehmers Schulze" hätte lauten müssen. Die Gemeindevertretung erlebte eine Tragödie praktischer kommunistischer Kommunalpolitik, in der als Held in einer rein persönlichen Sache der kommunistische Wortführer Schulze gleichzeitig als Berichterstatter auftrat. Die übrigen Gesinnungsfreunde Sch.s waren wie immer Statisten. Ein Antrag des Berichterstatters, „bis zur Aufstellung des Haushaltsplanes keine Gemeindesteuern mehr einzuziehen" (O Herr, du schenktest deinen Gläubigen zuviel Weisheit. D. Ver.) wurde abgelehnt. Das Spiel war zu Ende, der Auftakt zur kommunalpolitischen Arbeit der Kommunisten im neuen Jahre und für uns zu den kommenden Gemeindewahlen gegeben.

Brehna. Aus der Arbeitersportbewegung. Am Sonnabend hielt der Turnverein seine Generalversammlung ab, die gut besucht war. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt und er auch einstimmig wiedergewählt, mit Ausnahme des Kassierers, für den Turngenosse Berger gewählt wurde. Der Beitrag wurde auf 30 Pf. einschließlich Bundesbeitrag festgesetzt, Arbeitslose zahlen die Hälfte.

Bolsen. Wiederaufnahme der Arbeit. Die Bolsener Farbenfabrik, die wegen des durch die Aussperrung der Grubenarbeiter eingetretenen Kohlenmangels zur Arbeitseinstellung gezwungen war, hat, nachdem die Kohlenversorgung durch ausländische Zufuhren gesichert erscheint, ihren Betrieb in vollem Umfang heute, Dienstag, wiederaufgenommen. Der Kampf um den Achtstundentag, der in den Gruben des Bitterfelder Revier ausgebrochen ist, geht mit unverminderter Schärfe weiter. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, dem Unternehmertum den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Greppin. Oeffentliche Versammlung. Die von unserer Partei einberufene öffentliche Versammlung am 5. Januar war sehr gut besucht. Genosse Wielepp-Halle als Referent schilderte in einfacher, verständlicher Weise die Ursachen der herrschenden Wirtschaftskrise und der dadurch hervorgerufenen Verschlechterungen für die Arbeiterklasse. Die Macht der Arbeiterklasse könne nur durch tiefgründige Aufklärung der Arbeitnehmer über die verschiedenen Zusammenhänge unserer Volkswirtschaft mit Fragen der inneren und äußeren Politik gestärkt werden, denn nur durch Kenntnis dieser Dinge könne das Proletariat zu einer richtigen Anwendung seiner Macht kommen. — In der Diskussion sprachen außer den Genossen Wilhelm Bormann noch drei Kommunisten. Während Sittner und Weiske in anerkennenswerter Weise ruhig und sachlich sprachen, bewegte sich Becker ganz in der verwilderten Form, die uns in den vielen Versammlungen leider nichts Unbekanntes geworden ist. Er fand denn auch wienden Beifall bei seiner Sprengpartei, die, als Genosse Wielepp sein Schlußwort beginnen wollte, die Internationale zu singen anfing. Doch die damit verbundene Absicht, unseren Referenten mundtot zu machen, gelang diesmal nicht. Genosse Wielepp appellierte an den in der Diskussion aufgetretenen Kommunisten Weiske, der ausdrücklich die Sachlichkeit des Referates anerkannt hatte und forderte ihn auf, seine Genossen zu veranlassen, die Störungen zu unterlassen. Weiske kam nach anfänglichem Zögern diesem Wunsche nach, und als dann etwa 50 der extremsten Kommunisten den Saal verlassen hatten, konnte Genosse Wielepp sein Schlußwort bei voller Aufmerksamkeit der übrigen Versammlungsteilnehmer, deren überzeugte Mehrzahl im Saal verblieben war, zu Ende führen. Mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. Mit ihrem Verlauf können wir zufrieden sein.

Wittenberg. Kinder nach der Schweiz. Das Stadtwohlfahrtsamt macht bekannt: Stark unterernährte, intelligente Kinder erhalten dringlichst Eltern können für 8 Wochen unentgeltliche Aufnahme in der Schweiz finden. Außer den Kosten für die Eisenbahnfahrt innerhalb Deutschlands (¼ des Fahrpreises 4. Klasse) kommt nur noch ein Unkostenbeitrag für Verpflegung auf der Reise: Versicherung, Portoauslagen usw. in Höhe des Pfennigsatzes Inlandbriefporto pro Kind in Frage. Meldungen baldmöglichst nach dem Stadtwohlfahrtsamt, Augusta-Hospital, Berliner Straße 9, Zimmer Nr. 6.

Pieskerig. Elternbeiratsversammlung. Bei gutem Besuch sprach am Freitag im Konsumsaale Herr Rektor Becherer in einer vom Elternbeirat einberufenen Versammlung über den Schulabbau. Nach einer kurzen Aussprache fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme: „Die heute im Konsumsaale zahlreich vertretene Elternschaft der Gemeinde Pieskerig erhebt entschieden Einspruch gegen den Abbau in der Schule, wodurch unseren Kindern sowohl in gesundheitlicher als auch in erzieherischer und geistiger Entwicklung ein Schaden zugefügt wird, der in keinem Verhältnis zu der Ersparnis steht, die der Staat durch solche in die Kulturfortschritte eines Volkes tief einschneidende kurzsichtige Maßnahmen zu erreichen glaubt. Durch den geplanten Abbau wird die Bildung durch die Schule bedeutend herabgemindert zum Schaden der Höherentwicklung des deutschen Volkes." Hierauf sprach Herr Lehrer Piske über die weltliche Schule. Die trefflichen Ausführungen fanden reichen Beifall. An den Vortrag schloß sich eine rege Aussprache im Sinne des Referenten. Vom Vorsitzenden wurde noch bekanntgegeben, daß in der nächsten Elternversammlung ein Vortrag über die geschlechtliche Aufklärung der Kinder gehalten werden soll.

Pieskerig. Schwarzweißrot bis in den Freitod! Weil er von dem Unternehmertum entlassen werden sollte, verzichtete sich hier der Lohnarbeiter Schenk. In einem Briefe an die Direktion hatte der Verstorbene gewünscht, man möge ihm einen Kranz mit schwarzweißroter Schleife auf den Sarg legen. Er war Mitglied des Jungdo-Ordens. Diese Tatsache macht die Schrulle des schwarzweißroten Sonderlings verständlich.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 8. Januar 1924.

* **Ende der „Kohlenferien".** Die Nachrichtenstelle des Magistrats teilt uns mit: Auf das Eingeländt in der „Eisleber Zeitung", betr. Einlegung von Kohlenferien wird erwidert, daß voraussichtlich in diesem Winter keine Kohlenferien mehr eingelegt zu werden brauchen. Allerdings hat sich der Magistrat gezwungen gesehen, von den Kohlenbeständen der Oberrealschule einige Hundert Zentner Koks zu entnehmen, um damit den Betrieb des städtischen Krankenhauses sicherzustellen, doch ist mit weiteren Beschränkungen des Schulbetriebes, insbesondere der Volksschulen, kaum zu rechnen.

* **Städtische Kleingärten.** Dem Magistrat ist es gelungen, von der Domäne Helfta ca. 20 Morgen Land von der sog. Großen Schweinsloche, in der Helftaer Flur an der Straße nach Bischofsrode gelegen, zur Herrichtung von Kleingärten pachtweise zu erwerben. Die bereits eingetragenen Kleingartenbewerber, welche von diesem Plane einen Kleingarten zu erhalten wünschen, werden aufgefordert, sich im Zimmer 12 des Rathauses bis zum 15. Januar zu melden.

Aus der Jugendbewegung.

Generalversammlung der SAJ. Halle.

Am kommenden Freitag findet im Jugendheim unsere diesjährige Jahresversammlung statt. Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, das hierzu möglichst einige Kohlensteine mitgebracht werden sollen. Auch nimmt der Vorstand an diesem Tage Meldungen freier Quartiere für die Nacht vom 26. bis 27. Januar entgegen.

Der Vorstand.

An die Vorstände der SAJ.

Trotzdem wir Ende November die Kreiszeitungen gebeten haben, die Abrechnungen an die Bezirksleitung bis 10. Dezember vorzunehmen, haben bis jetzt nur die Kreise Mansfeld und Saalkreis abgerechnet. Wir bitten, das Versäumte bald nachzuholen. Die Beitrittsgelder betragen wie im Dezember als Mindestbeitrag in der ersten Stufe 10, in der zweiten 15 und in der dritten Stufe 20 Goldpfennig. Ein Drittel hiervon ist als Pflichtbeitrag für den Haupt- und Bezirksvorstand gedacht; die Beiträge nach Berlin sind direkt dorthin zu senden. Genossen, sorgt für sofortige Abrechnung, da Geld das Blut einer Organisation ist. In den nächsten Tagen geht allen Ortsgruppen ein Rundschreiben zu, welches sich mit der Bezirkskonferenz und der Berichterstattung befassen soll. Die Verzögerung des Versandes ist infolge Geldmangels eingetreten. Wir bitten noch um rechtzeitige Einschickung der Berichtsbogen. Frei Heil! **Die Bezirksleitung.**

Januar-Programme.

Ortsgruppe Gerbstedt-Zabenkinchen. Monatsprogramm. Dienstag, 8. Januar: Vortrag: Arbeiterdichter Genosse Mauß. — Donnerstag, 10. Januar: Lesen, Diskussion. — Sonntag, 13. Januar: Wahlagitation. — Dienstag, 15. Januar: Liederabend. — Donnerstag, 17. Januar: Vortrag. — Sonntag, 20. Januar: Zusammenkunft. — Dienstag, 22. Januar: Arbeitsabend. — Donnerstag, 24. Januar: Lesen, Diskussion. — Sonntag, 27. Januar: Bezirkskonferenz in Halle. — Dienstag, 29. Januar: Monatsversammlung. — Donnerstag, 31. Januar: Liederabend.

Aus aller Welt.

Die vereiste Ostsee.

Lübeck, 8. Januar.

In der großen Lübecker Bucht ist das Treibeis, das sich bisher nach allen Richtungen hin bewegte, durch starkes Eistreiben von offener See her zum Stehen gekommen. Damit ist die ganze Bucht ein einziges Eisplateau, und es wiederholt sich wie vor einigen Jahren das seltene Schauspiel eines gefahrlosen Spaziergangs vom Ostseebad Travemünde aus über die Bucht nach den oldenburgischen Seebädern und der holsteinischen Küste. Von Travemünde aus sieht man fern am Horizont kleine bewegliche Punkte; es sind Personen, die über die Bucht nach Neustadt in Holstein „eisen", um dann auf dem Rückwege das winterliche Panorama an den Seebädern Haffkrug, Scharbeutz, Timmendorf, Niendorf entlang zu genießen.

Wie ferner über Stockholm gemeldet wird, kommt jetzt die nordische Eisgefahr herangezogen. Während die Häfen auf Schiebfischer, finnischer und estländischer Seite bis weit ins Meer hinaus blockiert sind, ziehen in dem noch freien Fahrwasser der Ostsee ungeheure Massen von Treibeis von Norden nach Süden. Sie kommen aus dem völlig vereisten Bottnischen Meerbusen, treiben an den Alandsinseln vorbei und vereinigen sich dort mit mächtigen Eisschollen aus dem Finnischen Meerbusen. Das schwimmende Schichteis ist stellenweise zwei Meter hoch. Dieser Gefahr gegenüber ist die Schiffahrt und Fischerei eingestellt worden. Die ersten Ausläufer dieses nordischen Eises sind bereits über die Insel Gotland hinausgelangt und haben auch schon die deutschen Küsten, so bei Memel, Königsberg, Danzig bis Rügen erreicht. Die Eisschälle versperren auch den Eingang zum Rigger Meerbusen.

Der Untergang der „Dixmuide".

Paris, 8. Januar.

Die Leiche des Kommandanten des zerstörten Luftschiffes „Dixmuide" ist nach der Leichenfeier für den in tragischer Weise umgekommenen Offizier in Toulon, die auf Staatskosten veranstaltet wurde, auf Wunsch des Vaters, des Oberst du Plessis, durch Militärärzte untersucht worden. Es wurde festgestellt, daß alle Glieder des Toten gebrochen waren und daß der Körper Brandwunden aufwies. Es wird deshalb angenommen, daß die „Dixmuide" vom Blitze getroffen wurde und daß ein Teil der Mannschaft mit dem Führer des Schiffes brennend in die Tiefe gestürzt ist. Andere Leichen sind bisher nicht gefunden worden. Die Erforschung des Meeres an der italienischen Küste wird fortgesetzt.

Eine Giftmordaffäre in Budapest. Die Polizei in Budapest verhaftete ein Mädchen namens Julie Csobot unter dem Verdacht, im Laufe der letzten Jahre zahlreiche Giftmorde begangen zu haben. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß das Mädchen über Kinder, die sie während ihrer Beziehungen zu einem gewissen Philipp Pollak hatte, die Frau und die Tochter Philipp Pollaks und wahrscheinlich auch noch andere Personen mit Hilfe von Gift getötet hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192401081-14/fragment/page=0006